

Zeitschrift: Asiatische Studien : Zeitschrift der Schweizerischen Asiengesellschaft = Études asiatiques : revue de la Société Suisse-Asie

Herausgeber: Schweizerische Asiengesellschaft

Band: 76 (2022)

Heft: 2

Artikel: Reflektierte Führer in der Allianz der Toleranz : 9/11 und die Suche nach dem "gemäßigten Islam"

Autor: Fuchs, Simon Wolfgang / Balistreri, Alexander E.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1035023>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Simon Wolfgang Fuchs* and Alexander E. Balistreri
**Reflektierte Führer in der Allianz der
Toleranz: 9/11 und die Suche nach
dem „gemäßigten Islam“**

<https://doi.org/10.1515/asia-2022-0022>

Received July 24, 2022; accepted July 24, 2022; published online August 29, 2022

Abstract: The attacks of September 11, 2001 spurred an intense interest in “moderate Islam” in U.S. government circles. Some high-ranking officials, for example, saw “moderate Muslims” as necessary allies in the “War on Terror.” In this article, we examine how the United States went about making allies in the Muslim world after the attacks. The goal was supposedly straightforward: “moderate” Muslims were to be strengthened and empowered to act as an antidote to radical groups. Yet such plans ran into numerous problems. First was the notoriously difficult definition of “moderate Islam,” which ranged from a simple rejection of the primacy of jihad to the acceptance of basic democratic values. Second, in reaching out to the Muslim world, the United States could not solve its own dilemma of being torn between a preference for stability provided by autocrats and the commitment to promote “Islamic” forms of democracy. These tensions resurfaced in the deepened partnership with two countries that were touted as manifestations of moderate Islam’s new promise: Turkey and Pakistan. Given their past efforts in fighting communism, both countries were seen to be potentially equally reliable partners in fighting the new “radical Islamic menace.” As we show, however, these visions did not materialize as hoped. The U.S. government overestimated the room local actors had to maneuver while underestimating the political costs that came with being tied too closely to American interests.

Keywords: 9/11; moderate Islam; Neocons; Pervez Musharraf; Recep Tayyip Erdoğan

Die Anschläge des 11. Septembers sind untrennbar mit hitzigen Debatten über den Islam verbunden. Wurde die Religion missbraucht? Oder ist die zur Schau gestellte

***Corresponding author: Simon Wolfgang Fuchs**, Orientalisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Platz der Universität 3, 79085 Freiburg, Deutschland,
E-mail: simon.w.fuchs@orient.uni-freiburg.de

Alexander E. Balistreri, Seminar für Nahoststudien, Universität Basel, Maiengasse 51, 4056 Basel, Schweiz, E-mail: alexander.balistreri@unibas.ch

Gewalt vielmehr intrinsisch im Islam angelegt? In einer Hinsicht zumindest waren sich westliche Regierungen und Anhänger:innen des Islams weitgehend einig. Nach der Katastrophe von New York galt es nun, radikalen Kräften das Wasser abzugraben. Seit 2001 explodierte dementsprechend die Anzahl an Zeitschriftenaufsätzen, Leitartikeln und Buchbeiträgen, die sich der Förderung des „gemäßigten Islams“ verschrieben. Es gab dabei nur ein Problem: Kaum ein Begriff lässt sich in der Islamwissenschaft und der politischen Öffentlichkeit so schwer definieren wie der „gemäßigte“ oder „moderate“ Islam. In seiner einfachsten Form wird der gemäßigte Islam als Ausprägung der Religion definiert, die – im Gegensatz zum „Extremismus“ – das Gebot des Dschihads nicht primär als notwendigen Krieg gegen Nichtmuslime, sondern als ein mystisches „inneres Ringen in Gottes Namen“ versteht.¹ Je nach Kontext kommen andere Kriterien hinzu, um als „moderat“ gelten zu können: etwa die Anerkennung demokratischer Grundwerte wie Pluralismus, das Streben nach politischer Reform, die Annahme eines westlichen Lebensstils oder auch das Akzeptieren unterschiedlicher Interpretationen der islamischen Tradition.² Neben ihrer Komplexität und Kontextbedingtheit ist die Definition des „gemäßigten Islams“ auch deswegen schwierig, weil der Begriff nicht unbelastet ist. Es gibt Muslim:innen, die dahinter eine Agenda des „Westens“ sehen, welche dieser im Dienste einer Teile- und-Herrsche-Politik gegenüber der muslimischen Welt einsetze. Islamist:innen gehen in ihrer Kritik noch weiter. Laut deren Interpretation sei eine „Mäßigung“ des islamischen Glaubens gar nicht möglich; die Suche nach „moderaten Muslimen“ sei lediglich der Versuch, den Islam selbst zu verwässern.³

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben die Diskussion um die Definition des „gemäßigten Islams“ keineswegs aus dem Nichts entstehen lassen. Aber sie haben einen neuen Kontext geschaffen, in dem diese Debatte sowohl für Politiker:innen in den USA und in Westeuropa als auch in der muslimischen Welt dringlich wurde. Auf welche Akteur:innen in der muslimischen Welt ist „Verlass“? Wer trägt militärische Aktionen und gar die erwogene Besetzung mehrheitlich muslimischer Gebiete mit? Wie positionieren sich muslimische Gelehrte und Verbände, sowohl zum Vorgehen der USA als auch in Bezug auf die Anschläge in New York? In diesem Beitrag gehen wir der Frage nach, wie die Suche nach dem „gemäßigten Islam“ nach 9/11 den US-amerikanischen Blick auf die muslimische Welt prägte, und wie sich die Innenpolitik einzelner mehrheitlich muslimischer Länder in diesem Zusammenhang gestaltete. Der Diskurs eines „gemäßigten

1 Ahmed 2018: 318.

2 Haddad 2005. Etwas anders gelagert ist eine verwandte, von prominenten muslimischen Denkern in den letzten Jahrzehnten geführte Diskussion um den Islam als den „mittleren Weg“ (*wasatiyya*) zwischen zu rigiden und zu freizügigen „Extremen“ der Rechtsauslegung beziehungsweise als Systemalternative zu Sozialismus und liberaler Demokratie. Siehe Gräf 2009.

3 Jan 2007: 83–87.

Islams“ ist nach 9/11 zu einer Strategie geworden, von der sowohl die US-Regierung als auch die Regierungen mehrheitlich muslimischer Länder zunehmend mehr Gebrauch machten.

Dabei ist durchaus eine Umorientierung zu beobachten. Der langjährige Verbündete Saudi-Arabien, aus dem 15 der 19 Attentäter stammten, wurde zumindest von der amerikanischen Öffentlichkeit plötzlich als Teil des Problems gesehen und war vor allem um Schadensbegrenzung bemüht.⁴ Zwei andere wichtige muslimische Partnerländer hingegen standen nun für das Versprechen der „Mäßigung“ – Pakistan und die Türkei. Der große, nicht-arabische geographische Raum zwischen Istanbul und Lahore, der auch Iran und Afghanistan umfasst, wurde schon seit den 1920er Jahren als geostrategisch bedeutsame Pufferzone zwischen der Sowjetunion und den westlichen Kolonien betrachtet. Im Kalten Krieg führte das zur Einbindung dieses „*Northern Tier*“ in die Central Treaty Organization (CENTO) und damit zum Bündnis mit Großbritannien *de jure* und mit den Vereinigten Staaten *de facto*.⁵ In der komplizierten Endphase des Kalten Krieges, die geprägt war von der Erfahrung der Iranischen Revolution und der sowjetischen Besatzung Afghanistans, ersetzte nun in den Augen des westlichen Sicherheitsetablissemments der Islamismus nach und nach den Kommunismus als größte Bedrohung. Pakistan und die Türkei hatten im Kampf gegen den Kommunismus eine bewährte westliche Affinität gezeigt. Darauf wollte man nun aufbauen, um die Staaten zu einer Mitarbeit gegen die „muslimische Gefahr“ zu gewinnen.⁶ 1991 ließ das amerikanische Verteidigungsministerium durch Graham E. Fuller einen Bericht zum islamischen Fundamentalismus im *Northern Tier* erstellen. Fuller war mehrere Jahrzehnte Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes im Nahen Osten gewesen. Gleichzeitig sollte er zu einem der entschiedensten Verfechter einer amerikanischen Politik der Einbindung des „moderaten Islams“ werden. Im Bericht schrieb Fuller, dass die USA mit den Konsequenzen eines Aufstiegs islamistischer Akteur:innen in Pakistan und der Türkei leben müssten. Dennoch sei es erforderlich, dass die USA nicht „paranoid“ gegenüber dem Islam werden und stattdessen die Beteiligung islamistischer Parteien in den demokratischen Strukturen dieser Länder als „deradikalisierendes Instrument“ betrachten sollten.⁷

Die Suche nach moderaten muslimischen Partnern im *Northern Tier* nach 9/11 mag also als eine modifizierte außenpolitische Agenda mit Wurzeln im Kalten

4 Al-Rasheed 2010: 222–223.

5 Zur Entstehung eines „*Northern Tier*“ als „distinct geopolitical region“ in den 1920er Jahren, siehe: Yenen 2021. Zur zentralen Rolle der Türkei und Pakistans in der Entstehung der CENTO, siehe: Yeşilbursa 2001.

6 Rabasa et al. 2007.

7 Fuller 1991: xi–xiii.

Krieg verstanden werden. In Bezug auf beide Länder ist diese Intensivierung jedoch oft auf einer rein diskursiven Ebene geblieben: die vollmundigen Versprechen des pakistanischen Präsidenten oder die große Partnerschaft, die sich neokonservative Kreise mit einer neuen, „moderaten muslimischen“ Türkei vorgestellt hatten, haben sich nicht materialisiert. Nach einer knappen Darstellung der amerikanischen „Partnersuche“ beleuchten wir den pakistanischen und türkischen Kontext genauer. Wir zeigen auf, dass der große amerikanische Handlungsdruck auf Akteur:innen in der muslimischen Welt die durchaus vorhandenen Potenziale zur Selbstreflektion und Reform konterkarierte. Auf der Suche nach „moderaten islamischen“ Partnern nach 9/11 fanden sich amerikanische Regierungsinstitutionen in einem Dilemma zwischen einer Präferenz für die starke, ordnende Hand einerseits und dem Schaffen demokratischer Strukturen andererseits wieder. Dabei überschätzten sie zum einen den Handlungsspielraum lokaler Akteur:innen gegenüber länger währenden Trends, wie einer bereits seit den 1980er Jahren in Gang gesetzten Islamisierung, während sie gleichzeitig die politischen Kosten einer Allianz mit den USA gravierend unterschätzten.

1 Die US-amerikanische Strategie des „gemäßigten Islams“ nach 9/11

Während die Trümmer der Twin Towers in den Wochen nach den Anschlägen noch glommen, flammte gleichzeitig eine Diskussion zum möglichen Gegenschlag der US-amerikanischen Regierung auf. Eine militärische Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Bereits am 26. September, kaum zwei Wochen nach den Anschlägen, landeten erste amerikanische Soldaten auf afghanischem Boden und sorgten damit für die angekündigten „*boots on the ground*“. Somit begann auch ein zwanzigjähriger *War on Terror*, der in der Folge die Besetzung des Iraks, außerrechtliche Ermordungen durch Drohnen, Folter in hermetisch abgeriegelten Offshore-Gefangenenlagern und eine Politik der von Außen gesteuerten Staatenbildung mit sich bringen würde.⁸ Parallel zur Anwendung militärischer Gewalt entwickelte sich gleichzeitig noch eine andere Art von Konflikt: ein Kampf um die „*hearts and minds of Islam*“. Dieses taktische Ziel stellte eine zentrale Empfehlung des offiziellen Berichts der sogenannten 9/11 Commission dar. Das Sondergremium war von der US-amerikanischen Regierung ins Leben gerufen worden, um die Gründe der Anschläge zu erforschen und mögliche zukünftige Maßnahmen vorzuschlagen. Der *9/11 Commission Report* enthielt einen klaren Rat: Die

⁸ Fair 2016; Bergen und Rothenberg 2015.

US-Regierung müsse sich unbedingt in der muslimischen Welt „im Ringen um Ideen engagieren“: „Diesen Kampf als Krieg zu bezeichnen ist eine akkurate Beschreibung für die Bemühungen amerikanischer und alliierter Kräfte, terroristische Gruppen und deren Verbündete aufzuspüren und zu vernichten. [...] Allerdings sollte diese Strategie ausgewogen sein.“⁹ Genau jenes „Austarieren“ würde sich vor allem durch politische Maßnahmen verwirklichen lassen, unter anderem durch Förderprogramme, die „moderaten Muslim:innen“ im Nahen Osten die Gelegenheit gäben, in ihren Gesellschaften selbst die Ideen der „Reform, Freiheit, Demokratie und Aufstiegsmöglichkeit“ zu verbreiten.¹⁰

Zwar hoben zu dieser Zeit auch einige Akademiker:innen, Analyst:innen aus liberalen Kreisen sowie amerikanische Muslim:innen „gemäßigte“ Aspekte des Islams und der muslimischen Gesellschaften hervor, wofür sie verschiedenen Bezeichnungen wie „Post-Islamismus“ oder die „Säkularisierung des Islams“ verwendeten.¹¹ Der Diskurs zum „moderaten Islam“ von Seiten der US-Regierung in den Jahren nach 9/11 stellte jedoch etwas Spezifischeres dar. Mit der Betonung auf Mäßigung machten sich die höchsten Regierungskreise das Ziel zu eigen, Muslim:innen vom radikalen *Islamismus* zu trennen, sie mit der Beteiligung an demokratischen Formen der Politik vertraut zu machen und vor allem gegenüber Muslim:innen den Krieg gegen den Terror zu legitimieren, damit er nicht als Futter für islamistische Propaganda verwendet werden könnte. Mit religiösen Inhalten hatte dieses Verständnis von „Mäßigung“ wenig zu tun.

Die Suche nach einem „gemäßigten Islam“ reflektierte zudem die Uneinigkeit im amerikanischen Regierungsapparat über den angemessenen Umgang mit dem Phänomen des Islamismus. Mitte der 1990er Jahre wirkten drei Erfahrungen noch spürbar nach: die Iranische Revolution von 1978/1979, die Frage der weiteren Unterstützung der internationalen Mudschahidin in Afghanistan und nicht zuletzt der Bürgerkrieg in Algerien seit 1992. Das State Department und die CIA fanden sich in einem Lager wieder und vertraten beide die These, dass der Anstieg des Islamismus in der muslimischen-arabischen Welt unvermeidlich sei. Vor allem das blutige Beispiel Algerien, wo das Militär einen islamistischen Wahlsieg nicht akzeptiert hatte, führten Beobachter:innen als Bestätigung der These an, dass eine Einbindung islamistischer Gruppen im demokratischen Prozess – auf Dauer – zu

⁹ National Commission on Terrorist Attacks upon the United States 2004: 363, 375. Zur besseren Lesbarkeit zitieren wir im Verlaufstext hier und anderwso in deutscher Übersetzung des englischen Originals

¹⁰ National Commission on Terrorist Attacks upon the United States 2004: 375–76. Auch Paul Wolfowitz (2002) beschrieb den *War on Terror* als Krieg um Ideen: „Today, we are fighting a war on terror – a war that we will win. The larger war we face is the war of ideas – a challenge to be sure, but one that we must also win“.

¹¹ Cf. Bayat 2007.

politischer oder ideologischer Mäßigung führen würde, die dann auch den US-amerikanischen Interessen an einer „stabilen“ Region dienen würde. Laut dieser sogenannten „Einbindung und Mäßigungs-These“ (*inclusion-moderation thesis*) würde gerade der Ausschluss islamistischer Parteien gravierende Folgen haben.¹² Die USA müssten demnach jene Islamist:innen unterstützen, die ihre Sicherheitsinteressen in der Region am wenigsten gefährdeten: die Moderaten. 2004 drückte ein Experte es so aus: „Wenn wir es mit der Demokratieförderung in der Region wirklich ernst meinen – und das sollen wir sicherlich –, dann müssen wir unbedingt zwischen den verschiedenen Ausprägungen des politischen Islams differenzieren. Ohne die Beteiligung [bestimmter Formen dieser Denkrichtung] an der Politik der Region wird es keine Demokratie und keine Stabilität geben.“¹³

Ein anderes Lager bestand aus den sogenannten Neocons, die einen relativ kleinen Kreis von konservativen, auf amerikanische Hegemonie fixierten Intellektuellen und Bürokrat:innen bildeten. Sie hatten während der Amtszeit Ronald Reagans von 1981 bis 1989 eine große Nähe zur Macht genossen. Ihr Einflusstief während der liberalen 1990er Jahre zwang sie dazu, ihre Prioritäten nach dem Ende des Kalten Kriegs neu zu definieren.¹⁴ Die Sicherheit Israels und die verlässliche Versorgung mit Erdöl und -gas aus dem Nahen Osten standen im Vordergrund. Obwohl die Neocons theoretisch auch an der Ausbreitung der Demokratie im Nahen Osten interessiert waren, wollten sie von einer möglichen Kooperation mit Islamisten nichts wissen und lehnten die Grundlage der Moderations-These ab. Ein Politikwissenschaftler, der gerne von den Neocons zitiert wurde, war Samuel P. Huntington. 1991 schrieb Huntington als Professor an der Harvard University ein einflussreiches Buch über eine dritte Welle globaler Demokratisierung, in dem er die Vereinbarkeit der islamischen Kultur mit der Demokratie in Frage stellte. Zwar waren die Türkei und – teilweise – Pakistan Beispiele von Demokratien in der islamischen Welt; allerdings wurden sie von antireligiösen Regierungen verwaltet.¹⁵ „Wenn wir die theoretische Vereinbarkeit des Islams mit der Demokratie außen vor lassen“, schrieb Huntington, „so zeigt

¹² Cf. Tezcür 2010; Yavuz 2009.

¹³ Committee on Foreign Relations 2004: 57, 59.

¹⁴ Zur allgemeinen Einführung in die Geschichte der neokonservativen Bewegung, siehe Vaisse 2010. Zum Versuch einer Neudefinierung der neokonservativen Außenpolitik während der 1990er Jahre, siehe Kristol und Kagan 1996.

¹⁵ Huntington griff diese Einschätzung auch später in seinem berühmten Artikel zum „Kampf der Kulturen“ auf: „The most obvious and prototypical torn country is Turkey. The late twentieth-century leaders of Turkey have followed in the Atatürk tradition and defined Turkey as a modern, secular, Western nation state. [...] At the same time, however, elements in Turkish society have supported an Islamic revival and have argued that Turkey is basically a Middle Eastern Muslim society“. Siehe Huntington 1993: 42.

sich doch in der Praxis, dass beide nicht zueinander passen“. Die Wahlerfolge der islamistischen Parteien in den 1980er und 1990er Jahren betrachtete Huntington mit Skepsis, da „Fundamentalisten“ ihre Mehrheiten – die ohnehin mehr aus sozioökonomischer Malaise denn aus religiöser Überzeugung entstanden seien – als Gelegenheit dafür verwenden würden, demokratische Elemente in ihren Ländern völlig zu demontieren.¹⁶ Für die Neocons war das ein eindeutiges Argument gegen die Einbindung und Mäßigungs-These. Während die Politiker:innen und Expert:innen im Mäßigungs-Lager die direkte politische Einmischung Amerikas im Nahen Osten als kontraproduktiv betrachteten, glaubten die Neocons daran, dass die USA die Gelegenheit des „demokratischen Moments“ nach dem Kalten Krieg ergreifen und ihre kürzlich gewonnene hegemoniale Stellung ausnutzen sollten, um einen politischen Wandel in der Region zu befeuern. Strategische Grauzonen – wie etwa die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteur:innen, deren Bindung an Demokratisierung bestenfalls fraglich waren – galten für die Neocons als zu vermeiden.¹⁷ Anstatt eines langwierigen, mit vielen Unwägbarkeiten verbundenen Wartens auf Moderation sei eine Art „Schockbehandlung“ angebracht: eine direkte Intervention in den Machtbereich einer unliebsamen Regierung (idealerweise der von Saddam Hussein im Irak), die wiederum eine Änderung in den benachbarten Staaten in einem Domino-Effekt auslösen würde.¹⁸

Die Anschläge des 11. September 2001 hatten ein unerwartetes Ergebnis. Sie führten dazu, dass die Mäßigungs-Befürworter:innen und die Neocons sich annäherten. Oder vielmehr: Die Neocons fingen selber an, sich den Diskurs des anderen Lagers anzueignen und die „Mäßigung“ im Islam zu betonen. Im Mai 2002 sprach Paul Wolfowitz, Vize-Verteidigungsminister und einflussreicher Neocon-Strategie, plötzlich von „der islamischen Tradition der Toleranz und Moderation“. Der neue Diskurs von Wolfowitz schien wie von den Leitlinien des Mäßigungslagers abgelesen zu sein: „Wir würden uns irren, wenn wir glaubten, dass wir die Richtung [der muslimischen Welt] führen könnten“, sagte er, „aber wir müssen tun, was wir können, um jene moderaten muslimischen Stimmen zu fördern, die es können“.¹⁹ Auch George W. Bush bewegte sich als US-amerikanischer Präsident schlingernd zwischen diesen einstmaligen Polen. Schon in den ersten Tagen nach 9/11 zeigte sich Bush in seiner Rhetorik sehr darum bemüht, einen radikalen von einem gemäßigten Islam zu unterscheiden. Damit wollte er sowohl die muslimische Community in den USA, als auch die Regierungen mehrheitlich muslimischer Länder davon zu überzeugen, dass der kommende Krieg lediglich gegen eine bestimmte Art von Islamismus gerichtet sein würde, die er als „böse“

16 Huntington 1991: 307–309.

17 Cf. Kristol/Kagan 1996; Kagan 1997.

18 Kepel 2004: 66–69.

19 Wolfowitz 2002.

bezeichnete. Bush versicherte der indonesischen Präsidentin Megawati am 19. September beispielsweise, dass „der Krieg gegen Terrorismus weder ein Krieg gegen Muslim:innen, noch ein Krieg gegen Araber:innen“ sei, sondern „ein Krieg gegen böse Menschen, die gegen unschuldige Menschen Verbrechen begehen“.²⁰ Bald würde sich diese Logik von Gut und Böse auf die Geopolitik erweitern, was etwa im Begriff „*Axis of Evil*“ deutlich wird.²¹

Die Glaubwürdigkeit dieser Worte Bushs und der neuen Haltung der Neocons hing nun vom Verhalten der Regierungen mehrheitlich muslimischer Länder ab, also ob sich diese tatsächlich als bereitwillige und aktive Partner im Krieg gegen den Terror erweisen würden. In den USA kam eine breite Debatte darüber in Gang, mit wem man nun zusammenarbeiten sollte, um die propagierte, dominierende Mehrheit von „moderaten“ Muslim:innen zu erreichen. Um „radikale Fundamentalisten zu besiegen“, argumentierte Joe Biden im Juni 2004 als Senator und hochrangiges Mitglied des Ausschusses für Außenpolitik, „müssen wir auch eine Allianz der Toleranz und des Fortschritts mit moderaten muslimischen Mehrheiten aufbauen“.²² Der regierungsnahen und einflussreichen Think Tank RAND Corporation spielte in der Ausarbeitung einer solchen Strategie des „moderaten Islams“ nach 9/11 eine außerordentlich wichtige Rolle. In Expertengutachten vor dem US-amerikanischen Kongress definierten Berater:innen der RAND Corporation moderate muslimische Gruppen als Akteur:innen, die „für Demokratie und Toleranz eintreten und Gewalt als Mittel zur Erreichung politischer Ziele ablehnen“. Die Expert:innen unterschieden sie von radikalen Akteur:innen, die „demokratische und pluralistische Werte ablehnen und zu Gewalt bereit sind“. Das sei kein rein theoretischer Unterschied, sondern lasse sich auch in der Praxis umsetzen: „Diese Typologie kann politischen Entscheidungsträger:innen helfen, potenzielle Partner:innen in der muslimischen Welt zu identifizieren, um Demokratie und Pluralismus zu fördern und dem Einfluss extremistischer und gewalttätiger Tendenzen entgegenzuwirken.“²³

Solches Denken wurde auch im offiziellen *9/11 Commission Report* rezipiert. Das Gremium, das den Bericht schrieb, fragte sich „wie die Vereinigten Staaten und ihre Freunde moderaten Muslim:innen dabei helfen könnten, gegen die extremistischen Ideen zu kämpfen“.²⁴ Die Empfehlung bestand darin, „reflektierte Führer:innen“ (*thoughtful leaders*) in der islamischen Welt zu identifizieren, die mit der „moralischen Führerschaft“ (*moral leadership*) der Vereinigten Staaten

²⁰ Bush 2001: 1129.

²¹ Frum 2022.

²² Committee on Foreign Relations 2004: 10.

²³ Rabasa 2005.

²⁴ National Commission on Terrorist Attacks upon the United States 2004: 376.

und ihrer „Vision einer besseren Zukunft“ übereinstimmten. „Wenn wir auf die Perspektiven dieser reflektierten Führer:innen in der arabischen und islamischen Welt hören, kann ein moderater Konsens erreicht werden“, empfahl der *9/11 Commission Report*.²⁵ In der Suche nach *thoughtful leaders* richteten sich die Augen US-amerikanischer Entscheidungsträger bald auf Pervez Musharraf und Recep Tayyip Erdoğan. Musharraf war zur Zeit der Anschläge 2001 bereits seit zwei Jahren an der Macht, Erdoğan war im Aufstieg begriffen. Auf diese beiden Persönlichkeiten werden die folgenden Abschnitte eingehen, um zu ergründen, wie sie mit dem komplizierten Konstrukt des „gemäßigten Islams“ auf internationaler und nationaler Ebene umgingen.

2 „Unsere beste Hoffnung“? Pakistan und Pervez Musharraf

Noch um 2013 herum galt Pakistan als „gefährlichstes Land der Welt“ und Hort von Terroristen.²⁶ Das hat sich geändert. Es ist erstaunlich ruhig geworden um Pakistan. Für die westliche Öffentlichkeit richtete sich die Aufmerksamkeit immer nur dann wieder auf das Land, wenn es um die notorischen Blasphemiegesetze ging.²⁷ Das generelle Hauptaugenmerk in Bezug auf „problematische“ Ausformungen des Islams in jüngster Zeit lag freilich anderswo: Das Chaos in der arabischen Welt nach dem 11. September, der Wiederaufstieg der Taliban und der Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien, um nur einige Beispiele zu nennen, drängten für europäische Beobachter:innen das geographische Gebiet Südasiens in den Hintergrund. Der *9/11 Commission Report*, auf den wir bereits mehrfach zu sprechen gekommen sind, sah das noch anders. In dem Bericht spielt Pakistan eine außerordentlich große Rolle:

It is hard to overstate the importance of Pakistan in the struggle against Islamist terrorism. Within Pakistan's borders are 150 million Muslims, scores of al Qaeda terrorists, many Taliban fighters, and—perhaps—Usama Bin Ladin.²⁸

²⁵ National Commission on Terrorist Attacks upon the United States 2004: 376.

²⁶ Cirincione 2013.

²⁷ ur-Rehman and Masood 2022. Eine Ausnahme bildete der politische Skandal um Imran Khan, der im Frühjahr 2022 versuchte, einem Amtsenthebungsverfahren zuvor zukommen, indem er das pakistanische Parlament auflöste und damit weltweit Aufmerksamkeit erregte. Siehe Anon. 2022.

²⁸ National Commission on Terrorist Attacks upon the United States 2004: 367. Usama bin Ladin wurde tatsächlich 2011 in Abbottabad, einer Kleinstadt mit hoher Militärpräsenz, im Nordosten Pakistans aufgespürt. Siehe Hersh 2016: 13–52.

Dies bedeutet nicht, dass das Land kurz nach 9/11 als einfacher Partner galt. Ganz im Gegenteil. Pakistans Unterstützung für die Taliban war ebenso bekannt wie die Ambivalenz, die Politik und Militär in Bezug auf das Vorgehen gegen islamischen Extremismus an den Tag legten.²⁹ Der Bericht wies auf die im Raum stehenden Vorwürfe hin, dass Pakistan heimlich Proliferation von Nukleartechnologie betreibe und merkte an, dass es „wenig Fortschritte“ in Bezug auf Demokratie im Land gebe.³⁰ Letzteres war sehr milde formuliert. Bereits seit 1999 befand sich Pakistan nämlich unter der Kontrolle von Pervez Musharraf, eines nicht durch Wahlen legitimierten Militärherrschers. Diesem gelang es jedoch, sich nach 2001 durch seine Unterstützung für den *War on Terror* in den Augen der USA unverzichtbar zu machen.

2.1 Vom Generalstabschef zum „Chief Executive“

Nach außen kam Musharraf sehr weltgewandt daher. Kein Wunder, war er doch als Sohn eines Diplomaten aufgewachsen und hatte gar während der Abordnung seines Vaters nach Ankara von 1949 bis 1956 türkisch gelernt. Er selbst bezeichnete diese Periode als die angenehmsten und prägendsten Jahre seines Lebens.³¹ Musharraf hatte zum Zeitpunkt der Machtübernahme eine steile Militärkarriere hinter sich, die auch die Teilnahme an Lehrgängen am Royal College of Defence in England umfasste. Seit 1995 war er Generalleutnant, 1999 hatte ihn Premier Nawaz Sharif zum Generalstabschef berufen. In dieser Funktion galt Musharraf als „Architekt“ des Kargil-Konfliktes im indischen Teil Kaschmirs, der im Mai 1999 eine militärische Konfrontation mit Indien auslöste.³² Dieses Aufeinandertreffen geriet zum militärischen wie außenpolitischen Fehlschlag für Pakistan. Nawaz Sharif veranlasste auf internationalen Druck hin den pakistanischen Rückzug, was wiederum in Militärkreisen als Verrat und Demütigung aufgefasst wurde. Musharraf hielt sich dementsprechend mit scharfer Rhetorik nicht zurück. Er warf Sharif in aller Öffentlichkeit Feigheit vor und verurteilte die „Unterwerfung“ gegenüber den USA und der Weltbank. Als er schließlich am 12. Oktober 1999 putschte, war dies eine direkte Reaktion auf den Versuch Sharifs, ihn als Generalstabschef abzusetzen.³³ Die internationale Gemeinschaft goutierte diese Volte

²⁹ Rashid 2010: 27–29.

³⁰ Zur Geschichte des pakistanischen Nuklearprogramms, siehe Kroenig 2010: 111–150.

³¹ Musharraf 2006: 37.

³² Ali 2008: 169–170. Es gibt allerdings auch Stimmen, welche die Regierung als eingeweiht sahen und Musharraf's Aussage, er habe den Ministerpräsidenten stets informiert, als glaubhaft erachten. Siehe *ibid.*

³³ Ali 2008: 172.

verständlicherweise nicht. Pakistan wurde vorläufig aus der Commonwealth-Organisation ausgeschlossen; die Weltbank brach die noch mit Sharif begonnenen Kreditverhandlungen ab. Musharraf versuchte daraufhin zu retten, was zu retten war. Dem neuen Machthaber war es tunlichst daran gelegen, den Anschein einer Diktatur zu vermeiden. So bezeichnete er sich lediglich als „Chief Executive“ und achtete darauf, „nur“ den Notstand, nicht aber das Kriegsrecht auszurufen. Im Unterschied zu früheren Umstürzen wurden das Parlament und die Verfassung lediglich „suspendiert“, nicht gänzlich aufgelöst. Es galt weiterhin Pressefreiheit – wenn auch mit Einschränkungen.³⁴ Darüber hinaus sicherte Musharraf dem Ausland zu, er werde alle internationalen Verträge respektieren. Um Bedenken zu zerstreuen, kündigte er eine Politik der Zurückhaltung in Nuklear- und Raketenfragen an und bekräftigte seine Absicht, sich für die Ziele globaler atomarer Nichtweiterverbreitung und Abrüstung einzusetzen. Baldige Neuwahlen standen allerdings nicht auf Musharrafs Agenda. Diese Zurückhaltung erwies sich aber als Haupthindernis bei der Erreichung neuer Kreditzusagen.

Dies führt uns zurück zum *9/11 Commission Report*. Darin heißt es in schönster realpolitischer Prosa: „Ohne diese Probleme und auch Musharrafs eigene Rolle in dieser Geschichte zu unterschlagen, glauben wir doch, dass Musharrafs Regierung die beste Hoffnung für Stabilität in Pakistan und Afghanistan darstellt“.³⁵ Diese Unbedenklichkeitsbescheinigung machte es, trotz aller auf den Weg gebrachten Zwangsmaßnahmen, plötzlich doch wieder möglich, dass üppig Gelder freigegeben wurden. Allein von Seiten der USA kam Pakistan in den ersten fünf Jahren nach 9/11 in den Genuss von Hilfszahlungen in Höhe von 8,3 Milliarden USD. Mehr als die Hälfte davon war allein für die Armee vorgesehen, um das „pakistanische Militär für die angefallenen Ausgaben im gemeinsamen Kampf gegen Terroristen zu entschädigen“. Analysten gehen davon aus, dass zu dieser Summe noch rund 10 Milliarden USD in geheimer Unterstützung hinzuzurechnen sind.³⁶

2.2 Zurück in die Vergangenheit: Pakistan auf der Suche nach „aufgeklärter Mäßigung“

Wie hatte Musharraf es geschafft, sich so unersetzlich zu machen und die Geschichte seiner antiamerikanischen Rhetorik scheinbar zu tilgen? Was war geschehen? Die Beantwortung dieser Fragen führt uns geradewegs zurück in die turbulente und chaotische Zeit nach dem 11. September. Musharraf traf damals

³⁴ Shah 2008: 19–20.

³⁵ National Commission on Terrorist Attacks upon the United States 2004: 369.

³⁶ Hathaway 2008: 13–14. Für die leichtere Lesbarkeit haben wir das Zitat übersetzt.

eine folgenreiche strategische Entscheidung. Pakistan unter seiner Führung ließ den USA freie Hand, die Taliban in Afghanistan zu zerstören. Amerikanische und pakistanische Behörden arbeiteten zunehmend enger dabei zusammen, Angehörige von al-Qaeda in Karachi und anderen pakistanischen Städten dingfest zu machen. Musharraf setzte ab dem Winter 2002 zu diesem Zweck auch seine eigene Armee in Richtung Grenzregion mit Afghanistan in Marsch. Der amerikanische Präsident Bush und Pakistans „Chief Executive“ konnten demnach am 24. Juni 2003 verkünden (weitaus zu voreilig, wie sich bald zeigte), dass das Netzwerk von al-Qaeda „zerschlagen“ und viele seiner Hauptfiguren gefangen genommen worden seien.³⁷ Entscheidend war aber, dass es Musharraf nicht bei militärischen Erwägungen beließ. Er unterfütterte seine Mission als visionärer Machthaber mit einem Essay in der *Washington Post* vom 1. Juni 2004, der nichts weniger war als „ein Aufruf zu aufgeklärter Mäßigung“ (*A Plea for Enlightened Moderation*).³⁸ Musharraf richtet sich damit vor allem an seine Glaubensgeschwister und deren Eigenverantwortung. Muslim:innen weltweit, so schrieb er, seien aufgerufen, sich selbst aus der Grube zu ziehen und für ihr eigenes Vorankommen zu sorgen durch individuelle Leistung und Einsatzbereitschaft sowie gemeinsame sozioökonomische Emanzipation: „Etwas muss unternommen werden – und zwar schnell –, um das Blutbad in der Welt zu beenden und die Abwärtsspirale, in der sich Muslim:innen befinden, umzukehren“.³⁹ Für Musharraf bestand die nachhaltige Lösung eben gerade in „aufgeklärter Mäßigung“, die er als Gewinn für Muslim:innen und Nichtmuslim:innen gleichermaßen beschrieb. Sein Plan umfasste zwei Teile. Muslim:innen müssten klar der „Gewaltbereitschaft“ und dem „Extremismus“ abschwören und stattdessen den Pfad des sozioökonomischen Aufschwungs beschreiten. Gleichzeitig seien aber auch der Westen und vor allem die USA gefragt: „Alle politischen Konflikte müssen fair gelöst werden, auch muss der abgehängten muslimischen Welt zu einem wirtschaftlichen Aufschwung verholfen werden“.

Musharraf ließ es sich in besagtem Essay nicht nehmen, sich auch als Historiker zu befleißigen. Er ging der Frage nach, wie es dazu gekommen war, dass Muslim:innen zu Gewalttäter:innen geworden waren und verwies unter anderem auf die ungelöste Palästinafrage, den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, den Bosnienkrieg, Tschetschenien, die Lage in Kaschmir und die Intifada Ende der 1980er Jahre. Der Hauptfokus des Aufsatzes war allerdings auf die Muslim:innen selbst gerichtet: „Wenn ich an die Rolle von Muslim:innen in der heutigen Welt

³⁷ Hussain 2007: 119–132.

³⁸ Musharraf 2004.

³⁹ Es ist an dieser Stelle nicht ausreichend Platz, um die Verquickung des Reformdiskurses mit neoliberalen Denken näher zu beleuchten. Für eine Diskussion darüber, wie reformistische Akteure in Iran in den 1990er Jahren strukturelle wirtschaftliche Aspekte und Fragen von sozialer Gerechtigkeit ausklammerten, siehe Sadeghi-Boroujeri 2019.

denke, wird mein Herz von Trauer ergriffen. Wir müssen in uns gehen. Für was stehen wir als Muslim:innen? Wo wollen wir hin und mit welchen Mitteln“?

Zur Beantwortung dieser Fragen schlüpfte Musharraf ein weiteres Mal in die Rolle des Historikers. Er betonte, wenig überraschend, die glorreiche Rolle des Islams und pries frühe Muslim:innen als Vertreter einer „gerechten, toleranten und auf Werten basierenden Gesellschaft“. ⁴⁰ Der Islam sei nicht durch das Schwert verbreitet worden, stattdessen hätte die neue Religion vor allem durch ihre Werte überzeugt. Diese manifestierten sich insbesondere auch im Propheten, dem Inbegriff von Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Toleranz, der alles daran gesetzt habe, die Welt zu verbessern.

Die heutigen Muslim:innen sind allerdings, nach Ansicht des Diktators, weit entfernt von all diesen illustren Beispielen und, was noch schwerer wiegt, auch nicht bereit, von anderen zu lernen. Im Angesicht dieser Malaise schloss Musharraf mit der zugespitzten Frage: „Ist der Weg voran der von Konfrontation und Kampf? Kann uns dieser wirklich zurückführen zu unserem vergangenen Ruhm und der Welt gleichzeitig das Licht des Fortschritts und der Entwicklung zeigen“?

Unter dem Eindruck dieses Essays und ähnlicher Statements müssen wir also die später erschienene, klare Empfehlung der 9/11-Kommission lesen: „If Musharraf stands for enlightened moderation in a fight for his life and for the life of his country, the United States should be willing to make hard choices, too, and make the difficult long-term commitment for the future of Pakistan“. Nicht nur die Kommission war überzeugt. Auch darüber hinaus fand Musharrafs Selbstkritik einen signifikanten Widerhall weltweit. Endlich, so formulierte man es in den Kommentarspalten, lege jemand den Finger in die Wunde des eigenen muslimischen Versagens. Auch die *Zeit* bescheinigte Musharraf eine „kopernikanische Wende“ vollzogen zu haben. ⁴¹

Ging Musharrafs Plan also auf? Vermochte er es tatsächlich, durch Beharrlichkeit und den „Kampf seines Lebens“ Pakistan in eine „moderate“ Richtung zu steuern? ⁴² In der Realität war das Projekt vor allem eine Chimäre. Ein Projekt allerdings, das der heimlichen westlichen Überzeugung in die Hände spielte, dass

⁴⁰ Musharraf ist nicht der einzige autoritäre Machthaber, der die islamische Geschichte für sein Reformvorhaben in Stellung bringt. Mohammad Bin Rashid Al Maktoum, der Herrscher von Dubai, hat für seine Zwecke das Baghdad des neunten Jahrhunderts als globales Kreativ- und Innovationszentrum ausgemacht: „Looking at the Middle East and its challenges today, it is tempting to think back to that golden age of Islamic culture with wistful nostalgia for a faraway time. But Al Mamoun’s vision is more than ancient history. It is also a solution for the present and the future – a model that we are actively rebuilding, right now.“ Siehe Al Maktoum 2015: 74.

⁴¹ Ladurner 2004.

⁴² Musharraf war beileibe nicht der erste Militärherrscher in Pakistan, der es als seine Aufgabe sah, das Land mit Zwangsmaßnahmen in die Moderne zu katapultieren. Siehe Daechsel 2015.

es einer Politik der starken Hand bedürfe, um die muslimische Welt aufzumischen. Der plötzliche Politikwechsel in Pakistan wurde von der dortigen Bevölkerung aber überwiegend als nicht glaubhaft wahrgenommen. Dies deckt sich mit neuerer Forschung, die aufzeigt, dass ein offizieller, auch „gemäßigter“ Islam durchaus politisch vorangetrieben werden kann, solange er als konsistente, nicht von außen aufoktroyierte Botschaft empfunden wird.⁴³ In Pakistan unter Musharraf war das nicht der Fall. Um genauer zu verstehen, warum sein Ansatz gescheitert ist, müssen wir einen Blick auf die pakistanische Geschichte seit den 1980er Jahren werfen.

2.3 Die nochmals islamisierte Islamische Republik

Pakistan war seit seiner Gründung als „Heimstatt für die Muslim:innen Südasiens“ ein sehr umstrittenes Gebilde. Die Staatswerdung unterstrich die Macht einer Idee, allerdings waren gänzlich divergierende Erwartungen damit verknüpft, welche von einer Wiederbelebung des einstigen Gemeinwesens des Propheten Muhammads bis hin zu einer dezidiert säkularen Republik reichten.⁴⁴ Diese Unklarheit bot nicht versiegendes Potenzial für Religionsgelehrte. Sie konnten Ansprüche an den Staat stellen, der doch basierend auf der Formel „Es gibt keinen Gott außer Gott“ gegründet worden sei. Auch säkulare Politiker waren immer wieder versucht, die religiöse Karte zu spielen. Der „islamische Sozialist“ Zulfikar Ali Bhutto versuchte beispielsweise, auf diese Weise einem gegen ihn gerichteten Zusammenschluss rechter und islamistischer Parteien 1977 den Wind aus den Segeln zu nehmen. Bhutto verkündete in diesem Jahr, dass alle Bars, Alkoholverkaufsstellen und Nachtclubs schließen müssten, dass Wetten bei Pferderennen verboten würden und der Freitag den bisherigen Sonntag als wöchentlicher Feiertag ersetzen werde.⁴⁵ Zur Zielscheibe dieser so strategisch hervorgehobenen islamischen Identität Pakistans wurden immer wieder die religiösen Minderheiten des Landes.⁴⁶ Ein paar Jahre früher hatte das Parlament bereits einen Zusatzartikel zur Verfassung verabschiedet, der die Gruppe der Ahmadis zu Nichtmuslim:innen erklärte. Bhutto hatte damals die Debatte unter dem Vorwand des Respektes für den rechtmäßigen demokratischen Prozess laufen lassen und diese sogar noch befeuert, indem er das Ergebnis als „Endlösung“ für ein „90 Jahre altes Problem“ bezeichnete.⁴⁷

43 Sheline 2021.

44 Devji 2014; Dhulipala 2015.

45 Paracha 2017: 138.

46 Fuchs 2020.

47 Qasmi 2014: 215.

Die so angeschobene Islamisierung des Landes nahm unter einem anderen Diktator weiter Fahrt auf: Zia ul-Haq putschte 1977 gegen Bhutto und ließ ihn 1979 hinrichten. Eine seiner ersten Initiativen bestand im Erlass vier sogenannter *Hudood Ordinances*. Diese verfolgten das Ziel, Pakistans Strafgesetzgebung auf eine „solide“ islamische Basis zu stellen, indem die koranisch festgelegten Strafen implementiert werden sollten. Diese Novelle, gutgeheißen von vielen religiösen Gelehrten und Parteien Pakistans, führte zu unzähligen Anklagen aufgrund von außerehelichem Geschlechtsverkehr und Ehebruch. Kritiker:innen wiesen schon früh auf ernste Konstruktionsprobleme der Gesetze hin, wie zum Beispiel, dass die *Ordinances* nicht zwischen verbotenem einvernehmlichem Sex (*zinā*) und Vergewaltigung unterschieden. Dies führte dazu, dass eine Frau, die einen sexuellen Übergriff zur Anzeige brachte, aber nicht die erforderlichen vier Zeugen aufbringen konnte, unter Umständen selbst aufgrund von *zinā* verurteilt wurde. Nach dem Ende der Ära Zia ul-Haq wagte sich keine der folgenden Premierministerinnen und Premierminister an eine Modifikation des Gesetzes, da der Druck von Seiten des religiösen politischen Sektors einfach zu groß war.⁴⁸

2.4 Die Reformluftschlösser Musharrafs

Musharraf strebte mit seiner „*enlightened moderation*“ öffentlich einen entscheidenden Richtungswechsel an und bemühte sich, mit der dominierenden Islamisierungsrhetorik zu brechen.⁴⁹ Er erwähnte oft, dass gerade die *Hudood Ordinances* überarbeitet werden mussten. Zudem distanzierte er sich von wichtigen religiös-politischen Akteur:innen, nicht nur in Bezug auf die Taliban, sondern auch im Kontext pakistanischer Unterstützung für militante Gruppen in der Kaschmirfrage und anti-schiitische Strömungen.⁵⁰ Er kündigte an, dass religiöse Schulen (*madrassa*, Pl. *madaris*) nun streng reguliert werden sollten. Neu konzipierte „*model madrasas*“ sollten den Ton angeben und alle nichtpakistanischen Studierenden das Land verlassen.⁵¹

Die Vollmundigkeit dieser Ankündigungen verdeckte freilich, dass Musharraf aus einer Position der Schwäche agierte. Der außenpolitische Druck der USA hatte schon kurz nach dem 11. September zu starken Verwerfungen in der pakistanischen Gesellschaft geführt. Bereits 2002 konnten religiöse Parteien bei den

48 Zaman 2018: 114.

49 Nasr 2001: 157.

50 Rieck 2015: 278.

51 Musharrafs Initiative stellte bereits den dritten großen Reformversuch in Pakistan dar, unterschied sich aber von vorherigen Initiativen dadurch, dass sie vor allem darauf ausgerichtet war, *madrasas* unter staatliche Kontrolle zu bringen. Siehe Zaman 2018: 121.

Parlamentswahlen stark zulegen.⁵² Diese zerrissen den von Musharraf propagierten *Protection of Women Act*, der Hauptkritikpunkte der *Hudood Ordinances* ausräumen sollte, in der Luft. Mawlana Fazlur Rahman, der Führer der Opposition im Parlament, beschuldigte den Präsidenten, Pakistan in eine „free sex zone“ verwandeln zu wollen. Musharrafs Plädoyer für Unterstützung der „progressiven Elemente“ wurde als eine „Kriegserklärung gegen die islamische Kultur und Zivilisation“ ausgelegt.⁵³ Selbst diejenigen religiösen Gelehrten, die offiziell mit der Regierung zusammenarbeiteten, wandten sich ab: Das neue Gesetz, so ihre Argumentation, würde Pakistan „sicher für Vergewaltiger“ machen und widerspreche eindeutig den Bestimmungen des Korans und dem Beispiel des Propheten. Ihre Wortwahl unterstrich dabei eindeutig die Ablehnung einer von Musharraf vorangetriebenen Politik, die die Religionsgelehrten als „Verwestlichung“ begriffen.⁵⁴

Doch nicht allein an mangelnden Verbündeten scheiterte Musharrafs Kampagne für einen „moderaten Islam“. Dass der Präsident einer Chimäre hinterherjagte, wurde 2007 für alle Welt mitten im Stadtzentrum Islamabad sichtbar. Dort hatte sich schon länger ein heftiger Konflikt zwischen dem Staat und der sogenannten Roten Moschee abgezeichnet. Studierende und religiöse Gelehrte dieser Einrichtung hatten es für sich in Anspruch genommen, in Pakistans Hauptstadt die Durchsetzung islamischer Gesetze selbst in die Hand zu nehmen. Sie besetzten unter anderem eine Kinderbibliothek, äußerten Drohungen gegen Geschäfte, die „unzüchtige“ Videos und DVDs verkauften, und kidnapten schließlich unter dem Vorwurf der Prostitution chinesische Staatsangehörige, die in Massagesalons arbeiteten. Bewaffnete Studenten und Religionsgelehrte verschanzten sich in der Moschee. Der Konflikt eskalierte dahingehend, dass die pakistanische Armee letztendlich das Gebäude stürmte. Knapp 100 Menschen wurden im Verlauf der Operation getötet.⁵⁵

Zwar verhandelte Muhammad Rafi Usmani, der Leiter einer wichtigen *madrassa* in Karachi, auf Seiten der Regierung. Er übte aber gleichzeitig harsche Kritik am Militär unter Musharraf. Eigentlich, so betonte Usmani, brächte die pakistanische Bevölkerung ja ihren Streitkräften viel Vertrauen entgegen und sei stolz auf deren Leistungen beim Schutz der Grenzen des Landes. Musharraf missbrauche aber diese besondere Stellung und setze die Armee nur nach den Vorgaben des Auslands und nach den Wünschen von Pakistans Feinden ein. So sei Pakistan nicht mehr in Kaschmir engagiert, habe keine Truppen mehr in Kargil an

52 Hussain 2007: 172–179.

53 Zaman 2018: 118.

54 Zaman 2018: 118.

55 Blom 2010.

der Grenze zu Indien und schaffe es nicht einmal, seine „heilige Grenzen“ im Nordwesten zu beschützen, wo NATO-Truppen aus Afghanistan diese oft verletzten. Stattdessen richteten die Soldaten ihre Waffen gegen das eigene Volk:

Your bravery is now focused on the boys and girls of the Hafsa madrasa. Such are your cowardly, unjust, brutal acts. Yet you say that peace and security should be established. You do everything to destroy peace and security, and then you tell us that the *'ulama* [die islamischen Religionsgelehrten] should play their part in restoring peace.⁵⁶

Das Problem des von Musharraf propagierten „moderaten Islams“ lag also laut dieser Ansicht im Opportunismus der Regierung begründet. Die *'ulama* würden nur zu bestimmten Anlässen ins Boot geholt. Dieser Eindruck erzeugte starken Widerstand von Seiten der Religionsgelehrten, hatten sie doch den Eindruck, dass jegliche Reform zuvorderst darauf abzielte, den Boden für die letztendliche „Verwestlichung“ des Landes zu bereiten. Am Ende stünde dann, so die Befürchtung, die Marginalisierung des Islams in Pakistan. Das politische Establishment Pakistans hat diese Warnung seit Musharrafs Rücktritt 2008 bis auf wenige Ausnahmen stark beherzigt. In Post-Musharraf-Zeiten herrschte große Zurückhaltung von Seiten der verschiedenen Regierungen, es sich mit den Religionsgelehrten zu verscherzen. Deren „Straßenmacht“ wird gefürchtet und ihnen gar ehrerbietiger Respekt gezollt. Von der Notwendigkeit, einen „moderaten Islam“ zu etablieren, spricht niemand mehr.⁵⁷

3 „Ein Zukunftsmodell“? Die Türkei und Recep Tayyip Erdoğan

Die Türkei, im Gegensatz zum unmittelbar betroffenen Pakistan, wurde im *9/11 Commission Report* als wichtiger Ansprechpartner für die US-amerikanische Außenpolitik gar nicht erwähnt. Das sollte nicht täuschen. Denn die Stärkung des „gemäßigten Islam“ in der Türkei war schon spätestens seit dem Ende der 1980er Jahre zu einem wichtigen Interessenschwerpunkt Washingtons geworden. Und – anders auch als im Beispiel Pakistan – schien es Anfang der 2000er Jahre für westliche Beobachter:innen keinen Grund zu geben, an der Aufrichtigkeit der islamischen „Mäßigung“ in der Türkei zu zweifeln. Das Land, seit 1952 Mitglied in der westlichen Militärallianz, strebte nähere Beziehungen mit der Europäischen

56 Mufti Muhammad Rafi 'Uthmani, zitiert nach Zaman 2018: 259–260.

57 Für den tragischen Fall von Salman Taseer, des von seinem eigenen Bodyguard ermordeten ehemaligen Gouverneurs des Punjab, der just solch eine Umgestaltungsrhetorik im Munde führte, siehe Philippon 2015.

Union an und wurde im Dezember 1999 vom Europäischen Rat als Beitrittskandidat benannt, der „vom Schicksal bestimmt ist, Mitglied in der Union zu werden“ (*destined to join the Union*).⁵⁸ Am Beispiel der Türkei schien sich die Möglichkeit einer Quadratur des Kreises zu erweisen: ein mehrheitlich muslimisches Land, dessen strategische Interessen mit denjenigen der USA und der EU übereinstimmten. Doch die Anschläge vom 11. September 2001 und die damit aufgeworfenen Fragen der Strategie richteten die Scheinwerfer aus dem Westen, wie auch anderswo, erneut auf den Islam in der Türkei. Auf dieser Bühne war nämlich gerade viel los.

3.1 Erdoğan und die USA lernen sich kennen

Bereits 1989 wurde Mitgliedern des US-amerikanischen Sicherheitsetablissemments in einem – bis heute noch nicht publik gemachten – Bericht der RAND Corporation empfohlen, „sich intensiver und entschlossener bemühen, die Ziele, Motive und Ideologie islamischer Aktivist:innen in der Türkei kennenzulernen“. „Darüber hinaus könnte es für diesen Lernprozess hilfreich sein“, hieß es im Bericht weiter, „diskrete und informelle Kontakte zu moderaten Mitgliedern der islamischen Bewegung zu knüpfen“.⁵⁹ Schon zu Beginn der 1990er Jahre wurde diese Strategie des diskreten Kontakteknüpfens von amerikanischen Diplomaten:innen in der Türkei umgesetzt. Richard McKee, der amerikanische Botschaftsrat (*political counselor*) in Ankara von 1994 bis 1997, meinte später, dass die Amerikaner:innen und die türkischen Islamist:innen ihren gegenseitigen Argwohn in diesen Jahren relativ schnell überwunden hätten: „Die Islamist:innen waren davon fasziniert, dass wir uns für sie interessierten – und auch ein bisschen nervös. Der eine oder andere unter ihnen war bestimmt höchst misstrauisch, aber im Großen und Ganzen fühlten sie sich geschmeichelt und waren fasziniert“.⁶⁰

⁵⁸ European Council 1999.

⁵⁹ Als Teil dieser Forschung haben wir uns mit dem Autor dieses Berichts und mit dem Archiv der RAND Corporation mehrmals in Verbindung gesetzt, um eine Kopie zu erbitten; diese Bitte wurde aber mit der Begründung abgelehnt, der Text sei nur ein „Arbeitsentwurf“ gewesen. Dennoch wurde 1990, sechs Monate nach seiner Verfassung, eine Kopie des Berichts in der türkischen Presse durchgestochen und seine Einzelheiten weitgehend übersetzt und publiziert, sodass wir aus verschiedenen Quellen ein doch recht klares Bild über seinen Inhalt gewinnen konnten (siehe: *Cumhuriyet*, Ausgabe am 6 Februar 1990 und *Milliyet*, Ausgaben von 14. bis 17. März 1990). Der gesamte Bericht wurde außerdem ins Türkische übersetzt und sehr rasch 1990 unter dem Titel „Islamistische Bewegungen in der Türkei laut amerikanischen Geheimdokumenten“ veröffentlicht. Siehe: Koru 1990: 93–94. Der originale Bericht trug den Titel *The Prospects for Islamic Fundamentalism in Turkey*.

⁶⁰ Bali 2011: 1507.

Bis in die frühen 2000er Jahre wurden im Westen verschiedene Akteure als Träger:innen der islamischen Moderation in der Türkei betrachtet; die sufistischen *Nurcu*-Bewegungen, darunter die Anhänger:innen des einflussreichen Predigers Fethullah Gülen, sind hier besonders erwähnenswert. Während die Gülen-Bewegung für die Ausbreitung der „Toleranz“ und des Gewaltverzichts in der Gesellschaft vielerorts beinahe überschwängliches Lob geerntet hat,⁶¹ war es ein Mitglied der islamistischen Bewegung, Recep Tayyip Erdoğan, der dieses Islam-Verständnis in die Politik einspeisen sollte. Erdoğan hat weitaus bescheidenere Wurzeln als Musharraf. Aufgewachsen ist er in einem heruntergekommenen Istanbuler Viertel, besiedelt von neu zugewanderten Arbeiter:innenfamilien. Erdoğan's Überzeugung, seine persönliche Frömmigkeit sei seiner Ausbildung und Karriere in der säkularen Türkei im Weg gestanden, diente gleichzeitig als Ansporn für eine ambitionierte politische Karriere. Ende der 1960er Jahren trat Erdoğan der *Millî Görüş*-Bewegung bei. Diese Bewegung unter der Führung Necmettin Erbakans forderte eine Islamisierung der türkischen Politik und Gesellschaft sowie die Abtrennung des Landes vom westlichen Wirtschaftssystem.⁶² Mit Erbakan hatte der junge Politiker aus Istanbul auf die richtige Karte gesetzt. Trotz der ungünstigen Ausgangslage – islamisch geprägte Parteien unterlagen damals der strengen Aufsicht des laizistischen Militärs – erzielte die *Millî Görüş*-Bewegung und ihre damalige Partei, die Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*, RP), in den 1990er Jahren zunächst große Erfolge. Erbakan erreichte zwischen 1996–1997 als Premierminister das politisch bedeutendste Amt des Landes. Erdoğan erzielte 1994 einen Wahlerfolg als Bürgermeister Istanbuls und hatte damit das wohl wichtigste kommunale politische Amt der Türkei inne.

Erbakan und Erdoğan profitieren beidseitig vom Aufstieg des anderen. Dabei waren sie Politiker unterschiedlicher Ausprägung und unterschiedlicher Generationen (Erbakan war fast 30 Jahre vor Erdoğan geboren). Sie vertraten sogar divergierende Flügel der islamistischen Bewegung. Erbakan redete über Theorie, pflegte einen gehobenen Kleidungsstil und breitete antisemitische Verschwörungstheorien mit monotoner Stimme aus. Seine Anhänger:innen nannten Erbakan daher ihren *Hoca* – ihren Lehrer. Erdoğan wiederum stellte sich als Mann des Volkes dar: authentisch, emotional, gewissermaßen sogar weltoffen. Als prominentester Politiker in der größten Stadt der Türkei forderte Erdoğan eine breitere Teilnahme von Frauen in der islamistischen Bewegung, warb für seine Partei in Bars und Bordellen und unterstützte sowohl die Renovierung von Kirchen und

⁶¹ In einem Sonderband der renommierten Zeitschrift *Muslim World* zur Gülen-Bewegung wurde Fethullah Gülen als Gegensatz zu radikalem Islam dargestellt, ferner seien die Werke Gülens „of paramount importance for modern humanity“. Saritoprak/Griffith 2005: 338.

⁶² Schiffauer 2010.

Synagogen, als auch von Moscheen.⁶³ Noch wichtiger: Erdoğan und andere „progressive“ *Millî Görüş*-Gefährten waren mit Erbakans Endziel, einen vom Westen abgetrennten „islamischen Staat“ in der Türkei zu gründen, nicht einverstanden.⁶⁴

Solche Eigenschaften und Verlautbarungen interessierten den „Mäßigungs“-Flügel der US-amerikanischen Regierung, der sehr bald auf Erdoğan aufmerksam wurde. Im Oktober 1994 besuchte Necmettin Erbakan, Erdoğans Chef, auf Initiative des American Muslim Council einige hochrangige Politiker:innen, Diplomaten:innen und Meinungsführer:innen in den USA. Allerdings war der Besuch für den Gast aus der Türkei ein veritabler Flop.⁶⁵ Diplomaten beklagten Erbakans „verzerrtes Bild“ über den Westen, seine anti-israelische Haltung – und sein Alter. Sogar bei den glühendsten Befürworter:innen einer amerikanischen Versöhnungspolitik mit dem Islamismus hatte der *Hoca* keinen guten Eindruck hinterlassen. Er glaube zu wenig an den interreligiösen Dialog, sei zu sehr in seinem Denkmuster festgefahren. „Die Islamist:innen lassen mich manchmal im Stich“, bedauerte selbst John L. Esposito, Akademiker und prominenter Vertreter des „Moderations“-Denkens, in einem Interview mit einem türkischen Journalisten. „Mit Erbakan ist das auch passiert, soviel kann ich sagen“.⁶⁶ Erdoğan hingegen fiel den Amerikanern schon gleich zu Beginn seiner Amtszeit als Bürgermeister auf. Während des Besuchs Erbakans in Washington erkundigte man sich über ihn. „Stimmt es, dass Recep Tayyip Erdoğan eine Führungsposition anstrebt“? fragte ein Diplomat, der, wie es in der Zeitung stand, die Entwicklungen in der Türkei „genau beobachtet“.⁶⁷ Dieser Diplomat war wohl der ehemalige amerikanische Botschafter in der Türkei, Morton Abramowitz, der von 1989 bis 1991 diesen Posten innehatte. Abramowitz sorgte 1996 für einiges Stirnrunzeln bei der anti-amerikanischen Presse in der Türkei, als er Erdoğan im Istanbul Rathaus besuchte. „Wir legen die Geheimbotschaft [des Besuchs] dar“, titelte damals die Tageszeitung *Aydınlık* in einer reißerischen Schlagzeile. „Abramowitz bereitet Tayyip [Erdoğan] darauf vor, Erbakan zu ersetzen“.⁶⁸

63 Heper/Toktaş 2003: 166.

64 So argumentierte beispielsweise ein Mitgründer der AKP und ihr erster Außenminister, Yaşar Yakış. Zitiert nach Rashwan 2007: 202–203.

65 Selbst der spätere türkische Präsident Abdullah Gül, der damals Vizevorsitzender in Erbakans Partei diente und mit ihm auf die Reise ging, gab in einem Interview zu: „Ich glaube nicht, dass wir uns sehr gut vorstellen konnten“. Gül 1995.

66 Çakır 1995.

67 Çakır 1995.

68 Anon. 1996.

3.2 August und September 2001

Nicht der ehemalige amerikanische Botschafter jedoch, sondern die türkische Armee setzte bald einen Prozess in Gang, der tatsächlich Erbakans politische Karriere beendete und in die von Erdoğan frischen Wind brachte. Während in einigen amerikanischen Kreisen über den Aufstieg des gemäßigten Islams hoffnungsvoll diskutiert wurde, betrachtete der „laizistische Block“ der Türkei dieselbe Entwicklung mit großem Unbehagen. Im Februar 1997 ließ der türkische Nationale Sicherheitsrat Erbakan eine Liste an Maßnahmen unterschreiben, die laut dem Militär für die Sicherung des türkischen Laizismus erforderlich wären.⁶⁹ Da diese Maßnahmen aber nicht vereinbar mit den Kernprinzipien von Erbakans Partei waren, weigerte sich dieser, sie umzusetzen. Folglich wurden Schritte zum Verbot der Wohlfahrtspartei in die Wege geleitet und Erbakan trat im Juni angesichts dieses Drucks als Premierminister zurück. Dieser Schritt verhinderte nicht die erzwungene Schließung seiner Partei Anfang 1998, ebenso wie auch 2001 ihrer Nachfolgepartei. Erbakan und Erdoğan erhielten beide jeweils fünf Jahre Politikverbot, für Erdoğan kamen 1999 noch vier weitere Monat Haft hinzu. Anstatt jedoch damit die Karriere des amtierenden Bürgermeistermeisters von Istanbul zu vernichten, brachte Erdoğan's Inhaftierung ihm viele Sympathien ein, nicht zuletzt von Seiten der USA. Die amerikanische Generalkonsulin Carolyn Huggins besuchte Erdoğan nach der Urteilsverkündung und bezog Position für ihn. Seine Inhaftierung beschädige das Vertrauen in die türkische Demokratie, so Huggins in ihrer amtlichen Funktion.⁷⁰

Im August 2001 gründeten die „progressiven“ Mitglieder der alten islamistischen Parteien, darunter Erdoğan, eine neue Partei – die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (*Adalet ve Kalkınma Partisi* oder *AK Parti*, AKP). Die AKP war gezwungen, auf vielen Hochzeiten zu tanzen – und nicht zuletzt aktive Wortakrobatik zu üben. Sie musste ihre fromme Wählerschaft davon überzeugen, dass sie den Kernwerten der *Millî Görüş*-Bewegung treu blieb, während sie gleichzeitig den beunruhigten Säkularist:innen im Lande sowie westlichen Beobachter:innen zusichern musste, dass sie, ob öffentlich oder heimlich, keinesfalls auf einen islamischen Staat abzielte. Die AKP musste also zugleich moderat und islamisch erscheinen – vermied aber tunlichst beide Wörter. Das Wort „moderat“ hätte die

⁶⁹ Die von Seiten des Militärs geforderten Maßnahmen hatten das Ziel, die Sufibruderschaften (*tarikats*) zu schwächen und die Präsenz islamischer Symbole im öffentlichen Leben stark zu reduzieren. Am störendsten für Erbakan war wohl die Forderung, eine Schulpflicht von 8 Jahren einzuführen und somit die Möglichkeit einer ausschließlich religiösen Erziehung ab dem 5. Schuljahr abzuschaffen. Für einen guten Überblick siehe Cizre/Çınar 2003; Özipek 2004.

⁷⁰ Anon. 1998. Auch die Europäische Union brachte ihre Besorgnis über das Urteil zum Ausdruck.

frommen Anhänger:innen der Partei gestört, weil sie keine „Mäßigung“ der Religion geduldeten hätten. Eine Betonung des Islams hätte wiederum den Säkularismus-Alarm der türkischen Armee und Justiz ausgelöst. Die Partei fand schließlich 2001 mit dem Begriff „konservative Demokratie“ eine Lösung für ihr Dilemma. 2003 veröffentlichten Erdoğan und sein politischer Berater Yalçın Akdoğan im Namen der Partei ein Buch, das erklären soll, was unter diesem Konzept zu verstehen sei. In ihren Einleitungen verwenden Erdoğan und Akdoğan das Wort „Mäßigung“ (*ıhlmlık*) einmal – und zwar nur, um ihre Opposition zu einem allgemeinen „Radikalismus“ zu betonen. Meistens griffen Erdoğan und Akdoğan auf Nomina und Adjektive wie „Umsicht“ (*ihthyathlık*), „allmählich“ (*tedrici*), „Konsensbildung“ (*uzlaş*) oder „Balance zwischen Idealismus und Realismus“ (*idealizm ile realizm arasında denge*) zurück. Das Wort „Islam“ wiederum kommt nicht ein einziges Mal vor – dafür aber eine oftmalige Betonung des Respekts für die „Werte und Normen der Gesellschaft“ (*toplumsal değer ve normlar*), „gesellschaftliche Dynamiken“ (*toplumsal dinamikler*) oder „Tradition“ (*gelenek*).⁷¹

Einen Monat nach der Gründung der AKP fielen die Twin Towers. Die Anschläge vom 11. September 2001 leiteten ein – wenn auch nur kurzes – goldenes Zeitalter für die türkisch-amerikanischen Beziehungen ein. Im Rahmen des NATO-Bündnisses unterstützten die türkische Regierung und das Militär umgehend und umfangreich den Angriff auf Afghanistan im Oktober 2001. Diese Unterstützung hatte zwar bereits vor der Amtseinführung der AKP-Regierung begonnen, wurde aber auch nach deren Wahlsieg im November 2002 unvermindert weitergeführt.⁷² Trotz seines Politikverbots in der Türkei war Erdoğan in der Zeit um 9/11 eine zentrale Figur in den türkisch-amerikanischen Beziehungen geworden. Dies schlug sich auch in zwei Besuchen Erdoğans in den USA unmittelbar vor der Gründung der AKP nieder. Auch wenn er, wie es in den Zeitungen stand, lediglich auf die Suche nach einer Universität für seine Tochter gegangen war,⁷³ bemühte sich Erdoğan sehr darum, jeglichen Eindruck einer engen Zusammenarbeit mit den USA zu zerstreuen. Im August 2001 verkündete er gegenüber einem Reporter: „Ich bin nicht der Tayyip aus den USA, ich bin der Tayyip aus der Türkei, aus Kasımpaşa. Die sagen nur Blödsinn. Seit langem treffe ich mich mit Vertretern der Auslandsmissionen.“⁷⁴ Nach 9/11 und der Parteigründung nahm die Häufigkeit von Erdoğan's Besuchen in den USA noch weiter zu.

71 Akdoğan 2003.

72 Uzgel 2013: 258–259, 308–312.

73 Mit wem er sonst auf diesen Reisen zusammengetroffen ist, blieb unbekannt. Akkaya/Yanık 2018.

74 Özkan 2001.

Im Januar 2002 war er zu Gast beim Treffen des World Economic Forum in New York.⁷⁵ Im Dezember 2002 wurde er sogar von Bush im Weißen Haus empfangen. Da Erdoğan damals kein politisches Amt innehatte – ganz zu schweigen von einem Status als Staats- oder Regierungschef – wurde das Treffen als „besonders ungewöhnlich“ (*highly unusual*) betrachtet.⁷⁶ „Mister Chairman“, begrüßte ihn Bush. „Willkommen zuhause bei einem der besten Freunde und Verbündeten Ihres Landes!“ Vier Monate später sollte Erdoğan, nun als neuer Premierminister, das Kompliment erwidern. Er lancierte einen Artikel im *Wall Street Journal* unter dem Titel „Mein Land ist Ihr treuer Verbündeter und Freund“.⁷⁷

3.3 Aufstieg und Fall des „türkischen Modells“

Beide Komplimente waren nicht ohne Hintergedanken ausgesprochen worden. Bei jenem Treffen im Dezember 2002 hatte neben Bush auch Paul Wolfowitz, der amerikanische Vize-Verteidigungsminister, Platz genommen. Wolfowitz hatte wohl die Einladung Erdoğan nach Washington maßgeblich vorangetrieben. Er verfolgte damit das Ziel, die Türkei für den geplanten Angriff auf den Irak mit an Bord zu holen. Für einen erfolgreichen Krieg wurde die Einbeziehung von Militärbasen auf türkischem Boden als unabdingbar betrachtet. Vor dem Wahlsieg der AKP im November 2002 war Wolfowitz schon im Begriff gewesen, die türkische Regierung davon zu überzeugen, solch eine Erlaubnis zu gewähren. Nun musste er sich aber mit einer neuen Regierung arrangieren. Letztere verfügte nicht nur über geringe internationale Erfahrung, sondern war außerdem aus der für ihre anti-amerikanische Haltung bekannten islamistischen Bewegung hervorgegangen. Sofort nach dem Wahlsieg der AKP flog Wolfowitz deswegen nach Ankara, wo er sich mit Erdoğan persönlich traf. Die gerade erst ins Amt gelangten Regierungsmitglieder der AKP zeigten sich schockiert, als sie die Aufforderung von Wolfowitz erhalten hatten, binnen einer Woche über die Genehmigung des amerikanischen Einsatzes auf türkischem Boden zu entscheiden. Die türkische Regierung wolle durchaus mit den USA „kooperieren“, so verlautete es damals, sie brauche aber Zeit, um auf die öffentliche Meinung und die Parlamentsmitglieder in dieser Hinsicht Einfluss zu nehmen.⁷⁸ Wolfowitz wiederum zeigte sich begeistert von seinem ersten Treffen mit Erdoğan als künftigen Premierminister. Er sei

75 Uzgel 2013: 259.

76 Migdalovitz 2003.

77 Erdogan 2003.

78 Diese Reaktionen entstammen den geheimen Mitteilungen, die über Wikileaks ans Licht gebracht wurden; hier W. Robert Pearsons Mitteilung vom 9.12.2002.

„ermutigt“ gewesen von Erdogans Bereitschaft, die USA bei ihrer Operation im Irak zu unterstützen. Wolfowitz schien davon überzeugt zu sein, dass auch ein von öffentlich frommen Muslim:innen regiertes Land als Stützpunkt für die Verbreitung der Demokratie im Nahen Osten dienen könnte. „Ich glaube, dass die Türkei in der jetzigen Zeit nach 9/11 eine in der Geschichte nie zuvor gesehene Rolle spielen kann“, sagte Wolfowitz in einem Interview nach dem Treffen. „Die muslimische Welt muss sich von denselben Werten der Demokratie, Freiheit und Säkularismus inspirieren lassen“.⁷⁹

Wie bereits angedeutet, hatte die Idee eines türkischen Modells der muslimischen Moderation eine längere Vorgeschichte. Der Fall Türkei schien bereits seit geraumer Zeit den Anhängern der Mäßigungs-These rechtzugeben. Dies hatte mit zwei gesellschaftlichen Gruppen zu tun: Auf der einen Seite hatte die wirtschaftliche Liberalisierung der 1980er Jahre dazu geführt, dass fromme Kleinunternehmer:innen und ihre Vertreter:innen in der islamistischen Bewegung politisch aktiv waren. Sie verabschiedeten sich von ihren Hauptinteressen eines festgefahrenen Kulturkampfes gegen das kemalistische Establishment und der Propagierung einer vagen Vermögensumverteilung, was beides die Politik Erbakans geprägt hatte. Stattdessen entdeckten sie für sich die Politik des „konservativen Globalismus“, dessen Fahne Erdoğan und die neue Generation von Islamist:innen trugen.⁸⁰ Auf der anderen Seite entstand eine politisch liberale Strömung unter türkischen Säkularist:innen, die den verkrusteten Kemalismus der „alten“ Republik und der Militärherrschaft stark kritisierten und – wie die US-amerikanischen Liberalen – von den Vorteilen der islamistischen Teilhabe für die türkische Demokratie überzeugt waren.⁸¹ Für viele war die Einbindung der Islamist:innen nicht nur *vereinbar* mit der türkischen Demokratie, sondern sogar deren *Voraussetzung*. Diesen Schluss zog beispielsweise der renommierte Politikwissenschaftler Alfred Stepan, der schon vor 9/11 über die volle Demokratisierung der Türkei schrieb: „Ich glaube, dass in der Türkei (wie auch in Pakistan und wahrscheinlich auch in Indonesien) der Demokratie nicht der Islam, sondern vor allem die Militär- und Geheimdienstorganisationen entgegenstehen, die nicht rechenschaftspflichtig gegenüber den demokratischen Institutionen sind.“⁸²

In diesem Zusammenhang erschien Erdoğan als hochwillkommene, veritable Ausnahmeerscheinung. Er verkörperte den Typus eines Politikers aus dem islamistischen Kreis, den die mehrjährige Ausgrenzung aus dem Politikbetrieb nicht

⁷⁹ Ergin 2002.

⁸⁰ Damit gemeint ist eine Ideologie, die sowohl eine Anbindung an den globalen Kapitalismus (beispielsweise durch eine Annäherung an die Europäischen Union), als auch konservative Werte in der Sozialpolitik vertritt. Karadag 2012; Öniş 2007.

⁸¹ Aytürk 2015; Gürpınar 2012.

⁸² Stepan 2000: 52.

radikalisiert hatte, sondern zu *mäßigen* schien. Dass die Türkei für andere mehrheitlich muslimische Länder als Modell dienen könnte, war sowohl für türkische Islamisten interessant, die von einer aktiveren Rolle für die Türkei in der muslimischen Welt träumten, als auch für US-amerikanische Sicherheitsexpert:innen, die mehr globalen Einfluss für eine pro-westlich orientierte türkische Außenpolitik begrüßten. Neben Analyst:innen wie Fuller, die schon seit den 1990er Jahren auf eine „moderierende“ Rolle der türkischen Islamist:innen in der Region hingewiesen hatten,⁸³ kamen nach 9/11 neue amerikanische Stimmen hinzu, die diesen Wunsch präzisierten. Alan Richards, Professor an der University of California–Santa Cruz, dessen Rat die US-amerikanische Regierung oft einholte, äußerte sich 2004 vor dem Ausschuss zur Außenpolitik des US-amerikanischen Senates folgendermaßen:

Some of us hope that the recent Turkish election may set a standard of an elected, truly democratic, Islamist government. If hardliners in the Turkish military, [secularist] radicals in the Turkish opposition, and the US government can all refrain from undermining the current government, the Turkish case could set an important precedent for the Arab region. If so, progress toward closing the ‘democracy deficit’ may accelerate.⁸⁴

Der Aufruf Abdullah Güls im Rahmen des Gipfels der Außenminister der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) im Mai 2003 schien diesen Hoffnungen recht zu geben. Dort forderte der türkische Außenminister von den mehrheitlich arabischen Mitgliedstaaten, eine „neue Perspektive“ anzunehmen, Selbstkritik zu üben und die Gründe des radikalen Islamismus näher zu erforschen, verbunden mit dem Wunsch, dass Transparenz und aktive Teilnahme an der Politik dieser Länder zu gesellschaftlichem Wandel beitragen würde.⁸⁵ Die „Istanbuler Deklaration“ der OIC von 2004 nahm in der Folge das Ziel auf, „to strengthen the representative character and the democratic practices of our governments“.⁸⁶

Befürworter:innen der Moderations-These waren ohnehin beeindruckt von der autochthonen Mäßigung, die den türkischen Islamist:innen zu gelingen schien. Nun waren aber auch die Neocons in den Bann des rasanten AKP-Aufstiegs geschlagen. Zwischen November 2002 und Februar 2003 scheuten sie keine Mühe, Erdoğan und seine neue Partei von den Vorteilen einer türkischen Unterstützung für den kommenden Irak-Krieg zu überzeugen. Diese Bemühungen schienen

83 In einem Interview 1995 sagte Fuller auch öffentlich: „Meiner Meinung nach stellt die Türkei ein Beispiel dafür dar, wie man gut mit Islamisten auskommen kann“. Anon. 1995.

84 Committee on Foreign Relations 2004: 69. Richards bezieht sich hierbei auf das oft diagnostizierte „Demokratiedefizit“ des Nahen Ostens, das in der Politikwissenschaft auch unter dem Schlagwort des Exzeptionalismus der Region diskutiert wurde. Siehe Bellin 2004 und Josua/Edel 2021.

85 Uzgel 2013: 268.

86 Organisation of Islamic Cooperation 2004.

Früchte zu tragen: Erdoğan und die die AKP-Parteiführung, so hieß es, seien sogar leichter davon zu überzeugen als die bisherige Koalitionsregierung. Führende Vertreter der Neocons hatten den bereits erwähnten Besuch Erdoğans in Washington im Dezember 2002 als Zeichen dafür verstanden, dass seine Partei den US-amerikanischen Vorschlag unterstützen würde. Im Februar 2003 konnten die türkische und die amerikanische Regierung schließlich eine Einigung erzielen, die die Anzahl der amerikanischen Truppen auf türkischem Boden regelte. Trotz einiger vorteilhafter Bedingungen in der Einigung – beispielsweise die Zustimmung zu einem großen türkischen Militäreinsatz im Nordirak und die Zusage von Krediten und eines Schuldenerlasses in Milliardenhöhe – war der Unmut der türkischen öffentlichen Meinung dennoch spürbar. Auch der Faktor Islam spielte dabei eine Rolle, schließlich hatte die AKP ja ihre Wurzeln im islamistischen Lager, wenngleich sie sich auch von diesem mittlerweile distanzierte. Fromme Muslim:innen und Sufibruderschaften (*tarikats*) protestieren in den Tagen vor der Abstimmung im Parlament heftig gegen Erdoğans öffentlich bekundete Unterstützung für einen amerikanischen Angriff auf ein muslimisches Land. Dennoch war der Schock groß, als am 1. März 2003 das türkische Parlament überraschend und mit nur drei Stimmen Unterschied gegen die Vereinbarung mit den USA stimmte. Der Grund dafür war die erhebliche Anzahl von Abweichler:innen aus den Reihen der AKP-Parlamentarier:innen, die den Wünschen der Parteiführung nicht gehorcht hatten und entweder dagegen stimmten oder sich der Stimme enthielten.⁸⁷

Das türkische Nein löste die Neocons abrupt aus dem Bann des türkischen Modells. In einem Interview mit dem Nachrichtensender CNN-Türk Anfang Mai 2003 sagte Wolfowitz, dass er eine Türkei brauche, die ihren „Fehler“ eingestehe und sich dabei überlege „wie wir den Amerikaner:innen am ehesten hilfreich sein können“. Außerdem kritisierte Wolfowitz das türkische Militär: „Aus welchem Grund auch immer haben sie nicht die starke Führungsrolle gespielt, die wir von ihnen erwartet haben.“⁸⁸ Solche Worte zeigten einmal mehr, dass das neue „türkische Modell“ der Vereinigung von Islam und Demokratie für Wolfowitz doch nur bedingt begrüßenswert war. Wenn es um die zentralen Sicherheitsinteressen der USA im Nahen Osten ging, wäre das alte Muster einer loyalen, aber vom Militär unter Druck gesetzten Regierung dann doch eher wünschenswert gewesen. Richard Perle, Berater für das Verteidigungsministerium, sagte Zuhörer:innen in Istanbul, dass es nach dem Entscheid „drei bis vier Jahre“ dauern würde, bis die Beziehung zwischen beiden Ländern wieder ihren alten Stand erreichen würde.⁸⁹

⁸⁷ Zur Geschichte des abgelehnten Memorandums, siehe Uzgel 2013: 269–276. Für ein Beispiel der Proteste von Muslim:innen gegen die AKP, siehe: Anon. 2003b.

⁸⁸ Lacey 2003.

⁸⁹ Anon. 2003a.

Aus türkischer Perspektive nahmen die Spannungen durch Ereignisse Anfang Juli 2003 im Nordirak noch weiter zu: Nach dem US-geführten Einmarsch hatten dort amerikanische Soldat:innen türkische Sondereinsatzkräfte gefangen genommen und mehr als zwei Tage lang wie mutmaßliche Terroristen behandelt.

Doch wäre es voreilig, von der türkischen Ablehnung der Vereinbarung auf einen völligen Zusammenbruch der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu schließen. Erdoğan's Botschaft im *Wall Street Journal* im März 2003 kann auch als öffentliche Entschuldigung für die kürzlich abgelehnte Einigung gelesen werden. Die Führung der AKP fand andere Wege, die USA im Irak zu unterstützen und bekam dafür einige Zugeständnisse im Norden des Landes. Auch die Bereitschaft der AKP, zumindest auf verdeckte Weise mit Israel zusammen zu arbeiten – bis zum Einbruch in den israelisch-türkischen Beziehungen im Jahre 2009, als Erdoğan während eines Treffens mit Shimon Peres dem israelischen Präsidenten quasi Massenmord vorwarf und die gemeinsame Bühne demonstrativ verließ – gefiel den Neocons, zu deren größten Interessen die Sicherheit Israels in der Region zählte. Zudem war die Türkei 2004 an zwei symbolisch wichtigen Treffen beteiligt: am G8-Treffen in Sea Island, wo ein Plan für Entwicklungshilfe im Nahen Osten verabschiedet werden sollte, sowie am NATO-Treffen, das in Istanbul stattfand. Die Türkei wurde auch weiterhin als „Modell“ für die restliche muslimische Welt ins Feld geführt, allerdings nicht mehr von Seiten der Neocons, sondern von den Unterstützer:innen der Mäßigungs-These. Für viele war die Ablehnung der Kooperation in Bezug auf den Angriff auf den Irak durch ein frei gewähltes Parlament gerade ein Zeichen dafür, wie die Politik in einem demokratischen und muslimischen Land funktionieren sollte. Dass die Türkei in dieser Hinsicht den hegemonialen USA die Stirn bot, „hat sehr viel zum Image der AKP-Regierung, insbesondere im Nahen Osten, beigetragen und wird die Stärkung ihres diplomatischen Gewichts in der Region erleichtern“.⁹⁰ Es entbehrt also nicht einer gewissen Ironie, dass gerade die Zurückweisung der „Vorbild“-Rolle, wie sie von den Neocons skizziert worden war, zu einer stärkeren Wahrnehmung der Türkei als Modellland führte. Einige Befürworter:innen der Mäßigungs-These fanden noch lange lobende Worte für die türkische Regierung, etwa Morton Abramowitz, der 2011 Erdoğan als „Bote für der Vereinbarkeit des Islams mit der Demokratie“ beschrieb,⁹¹ oder Graham E. Fuller, der 2014 immer noch schreiben konnte: „Die Türkei bildet das einzige zukunftsorientierte, fortgeschrittene und demokratische Modell in dieser Region, dem es gelungen ist, eine Form des gemäßigten Islams zu integrieren“.⁹² Zbigniew Brzezinski schrieb 2012 die Schuld

90 Uzgel 2013: 274.

91 Abramowitz 2011.

92 Fuller 2014: 263.

für die Ungeeignetheit des türkischen Modells nicht der türkischen Demokratie, sondern den arabischen Staaten zu.⁹³ Für viele war es allerdings Erdoğans autoritäre Wende nach 2013, und nicht eine neue Interpretation des Islams, die die Idee eines „türkischen Modells“ endgültig diskreditierte.⁹⁴

Die Angriffe des 11. Septembers 2001 und die US-amerikanische Reaktion darauf leiteten also eine Periode von intensiven Auseinandersetzungen um das Konzept des „gemäßigten Islams“ in der Türkei ein. 9/11 fiel in eine Zeit, in der die islamistische Bewegung des Landes an einem kritischen Scheideweg stand – und in der die „gemäßigten“ Islamisten es absichtlich vermieden, sich als solche zu bezeichnen. Gleichzeitig war dies die gleiche Zeit, in der die Neocons, die die Außen- und Militärpolitik der USA steuerten, an der Idee eines „gemäßigten Islam“ in der Türkei als einem zu folgendem Modell festhielten. In den Worten Cihan Tuğals:

Die globalen Hegemonialmächte hofften, dass das neue Regime in der Türkei den Glauben an eine islamisierte Variante der amerikanischen Herangehensweise an militärische, diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten in der Region und in der muslimischen Welt verbreiten würde. Aufgrund ihres (von außen wahrgenommenen) Wirtschaftswunders, der Verbindung von Religion, einer liberal-autokratischen Form von Demokratie sowie ihrer Beteiligung am großen Nahost-Projekt diente die Türkei allen diesen Zielen.⁹⁵

Für die Neocons, die den Sturz des Regimes von Saddam Hussein im Irak als den ersten in einer Reihe umstürzender Dominosteine von Regimen betrachteten, die durch Demokratien abgelöst werden würden, hätte die Türkei unter der AKP möglicherweise ein Modell sein können. Im Parlament saß eine demokratisch gewählte Mehrheit mit islamistischem Hintergrund, die sich ihrem Gewissen verpflichtet zeigte und für die öffentliche Meinung aufgeschlossen war. Ironischerweise waren es aber genau diese, eigentlich als Ausweis islamistischer „Mäßigung“ gepriesenen Eigenschaften des türkischen Modells, die sich immer mehr gegen die Politikvorstellungen der Neocons in der Region wandten.

93 „I am very much in favor of drawing Turkey as close to, or as much into, the West as possible. Without doubt, it is America’s best ally in the Middle East. But Turkey right now is not a template for new Arab democracies because there are no new Arab democracies. ... Turkey is, of course, an example of how Islam and secular democracy are compatible, but so far there is no viable imitation in the Arab world.” Brzezinski 2012: 35.

94 Özdikmenli/Ovalı 2014; Tuğal 2017.

95 Tuğal 2017: 331.

4 Schlusswort: Brauch und Missbrauch des „gemäßigten Islams“ in der muslimischen Welt

Im Nachrichtenchaos und dem allgemeinen Empfinden von Hilflosigkeit und Trauma unmittelbar nach dem 11. September verbreiteten sich vor allem diejenigen Bilder, die den Anschlag als größeren Zivilisationskonflikt in Szene setzten. Insbesondere die angeblichen Videoaufnahmen feiernder Palästinenser:innen in Ost-Jerusalem halten sich bis heute hartnäckig auf YouTube und anderswo im Netz.⁹⁶ Muslim:innen rückten in der Folge in vielen westlichen Ländern in das Zentrum staatlichen Interesses und „Sicherheitswissens“, um einen „extremistischen“ von einem „nicht-extremistischen Islam“ zu unterscheiden.⁹⁷ In unserem Beitrag haben wir aufgezeigt, wie dieser Rechtfertigungsdruck und die Erwartung, sich zu einem „moderaten“ Islam zu bekennen, zu einem globalen und geopolitisch unterfütterten Projekt in den 2000er Jahren wurde, das in seinem Anspruch und seiner Zielsetzung oftmals scheiterte. Woran lag dies? Der Fehlschlag war nicht unbedingt so zu erwarten gewesen. Eigentlich waren nämlich die Grundlagen seit den 1990er Jahren für einen weltweiten Siegeszug eines gemäßigten Islam durchaus gelegt. Viele Beobachter:innen verwiesen auf die abflauende Attraktivität von Formen des politischen Islams. Einschlägige Publikationen riefen gar das Zeitalter des Post-Islamismus aus, der nun von einer großen Kompatibilität mit Demokratie und Menschenrechten geprägt sei. In der Türkei waren, wie wir aufgezeigt haben, schon seit den 1980er Jahren Entwicklungen im Gange, die aus dem Land ein „Modell“ der muslimischen Mäßigung hätten machen sollen. Eine fromme, islamisch bewegte neue Wirtschaftselite trennte sich von der „alten“ islamistischen Bewegung und fügten sich den Spielregeln der säkularen Republik. Auch in Pakistan machte sich Skepsis gegenüber obskurantistischen Forderungen von Religionsgelehrten breit, die in der öffentlichen Wahrnehmung doch nur die seit den 1980er Jahren im Zuge der Islamisierung geschaffenen Pfründe verteidigen wollten. An den Wahlurnen waren islamistische Vertreter:innen immer wieder hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben. Es gab also nach 9/11 durchaus ein *window of opportunity* für eine globale Umformulierung des Islams.

Dies hätte aber einen langen Atem, Fingerspitzengefühl und Geduld gebraucht. Alle diese Aspekte waren in der Hysterie des *War on Terror* nicht gegeben. Im Gegensatz zu einem langwierigen und tiefgreifenden, von Muslim:innen selbst ausgehandelten Prozess der Anpassung und Reform innerhalb der muslimischen Welt, setzten sich die USA auf schnelle Erfolge mit Partnern, denen

⁹⁶ Langlois 2005.

⁹⁷ Müller 2018.

sie unkritisch gegenüberstanden. Dabei überschätzten sie dramatisch den Einfluss, den Musharraf in Pakistan ausüben konnte, und übersahen, mit welchen Widerständen eine radikale Abkehr von Jahrzehnten bisheriger Islamisierungspolitik einhergehen würde. Das unvermittelte Einschwenken ins US-Lager beraubte ihn zudem sämtlicher potentieller Verbündeter im pakistanischen Kontext. Anstatt klug einen graduellen Wandel hin zu einer Liberalisierung anzustreben, machte sich Musharraf zum kompromisslosen Vorreiter einer Umsetzung seiner Konzeption des „moderaten Islams“ mit der Brechstange. Dabei wirkte er einmal mehr wie eine Wiedergeburt des top-down militärischen Reformers, für den die pakistanische Gesellschaft sich nach zu vielen Enttäuschungen nicht mehr erwärmen konnte. Auch in Bezug auf Erdoğan waren überzogene Erwartungen im Spiel. Allerdings war das Problem mit dem moderaten Islam und der Türkei umgekehrter Natur. Während Musharraf die Bush-Regierung nach 9/11 für die Aufrichtigkeit seiner „Mäßigung“ zu gewinnen versuchte, waren es im Fall der Türkei die Neocons innerhalb des amerikanischen Regierungsapparats, die Überzeugungsarbeit leisten mussten. Sie versuchten Erdoğan zu vermitteln, dass sein Status als moderater islamischer Partner auch eine beinahe bedingungslose Beteiligung am *War on Terror* impliziere. Erdoğan und seine AKP, deren Entstehung fast synchron mit 9/11 zusammenfiel, gingen im Vergleich zu Musharraf mit dem Thema „Mäßigung“ jedoch vorsichtiger um. Der spätere türkische Premier suchte zwar aktiv die Kontakte zu den USA, lehnte es aber ab, die Bezeichnung „moderater Islam“ für sich zu verwenden. Diese Strategie zahlte sich für Erdoğan aus. Die Annahme einer Bezeichnung, die seiner Partei von der Bush-Administration verliehen worden wäre, hätte nicht nur seine Legitimität bei seiner muslimischen Wählerschaft geschmälert, sondern auch die Chancen seiner Regierung verringert, als tatsächliches Modell für andere islamistische Bewegungen in der Region zu dienen. Liberalere Befürworter:innen der Mäßigungsthese im Amerika nach 9/11 warnten häufig – und zurecht – davor, dass die Suche nach einem „gemäßigten Islam“ nicht zu einer Aufoktroierung amerikanischer Werte führen dürfe. Solch eine Wahrnehmung als US-amerikanisches Projekt hätte genau die Ziele konterkariert, die die US-Regierung im *War on Terror* zu erreichen suchte. Gleichzeitig bedeutete dies aber, dass die US-Regierung lernen musste, mit der real existierenden Ausprägung des Islams im *Northern Tier* zurechtzukommen. Dies implizierte Zurückhaltung auch dann, wenn dieser Islam seinen eigenen, unvorhergesehenen Weg ging.

Literaturverzeichnis

- Abramowitz, Morton (2011): „The Real Recep Tayyip Erdoğan“. *The National Interest* (19.10.).
<https://nationalinterest.org/commentary/the-real-recep-tayyip-erdogan-6031> (20.5.2022).
- Ahmed, Shahab (2018): *What is Islam? The Importance of Being Islamic*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Akdoğan, Yalçın (2003): *Muhafazakar Demokrasi*. Ankara: AK Parti.
- Akkaya, İsmail / Yanık, Tolga (2018): „Abdüllatif Şener: Erdoğan ABD’de kimlerle görüştü bilmiyorum“, *Hürriyet* (1.6.). <https://www.hurriyet.com.tr/yemel-haberler/konya/abdullatif-sener-erdogan-abdde-kimlerle-gorus-40854528> (19.5.2022).
- Al Maktoum, Mohammed Bin Rashid (2015): *Flashes of Thought. Lessons in Life and Leadership from the Man Behind Dubai*. London: Profile Books.
- Ali, Tariq (2008): *Pakistan. Ein Staat zwischen Diktatur und Korruption*. Übers von Michael Bayer. München: Diederichs.
- Anon. (1995): „Refah’ın şansı çok yüksek“. *Milliyet* (28.2.): 23.
- Anon. (1996): „Abramowitz, Tayyip’i Erbakan’ın yerine hazırlıyor“. *Aydınlık* (20.10.): 1.
- Anon. (1998): „Konsolostan ziyaret“. *Milliyet* (29.9.): 17.
- Anon. (2003a): „İlişkiler 3 yılda düzeler“. *Milliyet* (9.5.): 6.
- Anon. (2003b): „Tayyip şaşırma sabrımızı taşırma“. *Milliyet* (1.3.): 16.
- Anon. (2022): „Präsident Arif Alvi löst Parlament auf“. *Die Zeit* (3.4.). <https://www.zeit.de/politik/2022-04/pakistan-imran-khan-misstrauensvotum-neuwahlen> (27.5.2022).
- Aytürk, İlker (2015): „Post-post-Kemalizm: Yeni bir paradigmayı beklerken“. *Birikim* 319: 34–48.
- Al-Rasheed, Madawi (2010). *A History of Saudi Arabia*. New York: Cambridge University Press.
- Bali, Rifat N. (Hrsg.) (2011): *American Diplomats in Turkey: Oral History Transcripts (1928–1997)*. Bd. 2. İstanbul: Libra Kitap.
- Bayat, Asef (2007): *Making Islam Democratic: Social Movements and the Post-Islamist Turn*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Bellin, Eva (2004): „The Robustness of Authoritarianism in the Middle East: Exceptionalism in Comparative Perspective“. *Comparative Politics* 36.2: 139–157.
- Bergen, Peter L. / Rothenberg, Daniel (Hrsg.) (2015): *Drone Wars: Transforming Conflict, Law, and Policy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Blom, Amélie (2010): „Changing Religious Leadership in Contemporary Pakistan: The Case of the Red Mosque“. In: *Pakistan and Its Diaspora. Multidisciplinary Approaches*. Hrsg. von Stephen M. Lyon und Marta Bolognani. New York: Palgrave MacMillan, 135–168.
- Brzezinski, Zbigniew (2012). „The West Needs a Long-Term Sense of Purpose“. *New Perspectives Quarterly* 29.2: 32–35.
- [Bush, George W.] (2001). *Public Papers of the Presidents of the United States: George W. Bush (2001, Book II)*. Washington, D.C.: Office of the Federal Register.
- Çakır, Ruşen (1995): „Refah’a genç lider aranıyor“. *Milliyet* (27.2.): 23.
- Cirincione, Joseph (2013): „The Most Dangerous Country on Earth“. *Georgetown Journal of International Affairs* 14.2: 91–100.
- Cizre, Ümit / Çınar, Menderes (2003): „Turkey 2002: Kemalism, Islamism, and Politics in the Light of the February 28 Process“. *The South Atlantic Quarterly* 102.2: 309–332.
- Committee on Foreign Relations (2004): *The Greater Middle East Initiative: Sea Island and Beyond*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.

- Daechsel, Markus (2015): *Islamabad and the Politics of International Development in Pakistan*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Devji, Faisal (2014): *Muslim Zion. Pakistan as a Political Idea*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Dhulipala, Venkat (2015): *Creating a New Medina: State power, Islam and the quest for Pakistan in late colonial India*. New Delhi: Cambridge University Press.
- Erdogan, Recep Tayyip (2003): „My Country is Your Faithful Ally and Friend“. *Wall Street Journal* (31.3.) <https://www.wsj.com/articles/SB104907941058746300> (22.5.2022).
- Ergin, Sedat (2002): „Wolfowitz'in Erdoğan izlenimleri“. *Hürriyet* (6.12.). <https://www.hurriyet.com.tr/wolfowitzin-erdogan-izlenimleri-113837> (20.5.2022).
- European Council (1999): *Helsinki European Council 10 and 11 December 1999 Presidency Conclusions*. https://www.europarl.europa.eu/summits/hel1_en.htm (22.5.2022).
- Fair, Eric. *Consequence: A Memoir*. New York: Picador.
- Frum, David (2022). „The Enduring Lessons of the ‚Axis of Evil‘ Speech“. *The Atlantic* (29.1.). <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2022/01/axis-of-evil-speech-frum-bush/621397/> (26.5.2022).
- Fuchs, Simon Wolfgang (2020): „Reclaiming the Citizen: Christian and Shi'i Engagements with the Pakistani State“. *South Asia: Journal of South Asian Studies* 43.1: 101–118.
- Fuller, Graham E. (1991): *Islamic Fundamentalism in the Northern Tier Countries: An Integrative View*. Santa Monica, Calif.: RAND Corporation.
- Fuller, Graham E. (2014): *Turkey and the Arab Spring: Leadership in the Middle East*. Lexington, Ky.: Bozorg Press.
- Gräf, Bettina (2009): „The Concept of *wasatiyya* in the Work of Yūsuf al-Qaraḏāwī“. In: *Global Mufti. The Phenomenon of Yūsuf al-Qaraḏāwī*. Hrsg. von Bettina Gräf und Jakob Skovgaard-Petersen. London: Hurst, 213–238.
- Gül, Abdullah (28.2.1995): „Taviz vermedik, vermeyiz“. *Milliyet*: 23.
- Gürpınar, Doğan (2012): „The Trajectory of Left-Liberalism in Turkey and Its Nemesis: The Great Rupture in the Turkish Left“. *Insight Turkey* 14.1: 147–168.
- Haddad, Yvonne (2005): „The Shaping of a Moderate North American Islam: Between ‚Mufti‘ Bush and ‚Ayatollah‘ Ashcroft“. In: *Islam and the West post 9/11*. Hrsg. von Ron Geaves et al. Aldershot: Ashgate, 97–114.
- Hathaway, Robert M. (2008): „Leverage and largesse. Pakistan's post-9/11 partnership with America“. *Contemporary South Asia* 16.1: 11–24.
- Heper, Metin / Toktaş, Şule (2003). „Islam, Modernity, and Democracy in Contemporary Turkey: The Case of Recep Tayyip Erdoğan“. *The Muslim World* 93: 157–185.
- Hersh, Seymour (2016): *The Killing of Osama Bin Laden*. London: Verso.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman, Okla.: University of Oklahoma Press.
- Huntington, Samuel P. (1993): „The Clash of Civilizations?“ *Foreign Affairs* 72.3: 22–49.
- Hussain, Zahid (2007): *Frontline Pakistan. The Struggle with Militant Islam*. London: I.B. Tauris.
- Jan, Abid Ullah (2007): „Though Muslims Exist Today, Islam Does Not“. In: *Debating Moderate Islam: The Geopolitics of Islam and the West*. Hrsg. M.A. von Muqtedar Khan. Salt Lake City, UT: The University of Utah Press, 83–87.
- Josua, Maria / Edel, Mirjam (2021): „The Arab Uprisings and the Return of Repression“. *Mediterranean Politics* 25.6: 586–611.
- Kagan, Robert (1997): „Democracies and Double Standards“. *Commentary* 104.2: 19–26.

- Karadag, Roy (2012). „Islam und Politik in der Türkei: Der Aufstieg der AKP aus historisch-institutionalistischer Perspektive“. *Zeitschrift für Politik* 59.3: 332–352.
- Kepel, Gilles (2004): *The War for Muslim Minds: Islam and the West*. Übers. von Pascale Ghazaleh. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Koru, Fehmi (Hrsg.) (1990): *Amerikan Gizli Belgelerinde Türkiye’de İslamcı Akımlar*. Übers. von Yılmaz Polat. İstanbul: Beyan Yayınları.
- Kristol, William / Kagan, Robert (1996): „Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy“. *Foreign Affairs* 75.4: 18–32.
- Kroenig, Matthew (2010): *Exporting the Bomb: Technology Transfer and the Spread of Nuclear Weapons*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Lacey, Marc (2003): „Turkey Rejects Criticism by U.S. Official Over Iraq“. *New York Times* (8.5.). <https://www.nytimes.com/2003/05/08/world/aftereffects-diplomacy-turkey-rejects-criticism-by-us-official-over-iraq.html> (20.5.2022).
- Ladurner Ulrich (2004): „Ich oder das Chaos: Pakistans Präsident Musharraf spekuliert auf die Angst des Westens – doch ist sie begründet?“, *Die Zeit* (19.02.): 9.
- Langlois, Janet L. (2005): „„Celebrating Arabs‘: Tracing Legend and Rumor Labyrinths in Post-9/11 Detroit“. *The Journal of American Folklore* 118.468: 219–236.
- Migdalovitz, Carol (2003): *Iraq: Turkey, the Deployment of U.S. Forces, and Related Issues. Report for U.S. Congress on 2 May 2003*. <https://www.hsdl.org/?view&did=457561> (19.05.2022).
- Müller, Tobias (2018): „Sicherheitswissen und Extremismus. Definitionsdynamiken der deutschen Islampolitik“. In: *Der inspizierte Muslim. Zur Politisierung der Islamforschung in Europa*. Hrsg. von Schirin Amir-Moazami. Bielefeld: transcript.
- Musharraf, Pervez (2004): „A Plea for Enlightened Moderation“. *The Washington Post* (01.06), <https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/2004/06/01/a-plea-for-enlightened-moderation/b01ff08e-f0c5-4ad5-8e96-b97a32ec084e/> (28.5.2022).
- Musharraf, Pervez (2006): *In the Line of Fire: A Memoir*. London: Simon & Schuster.
- Nasr, Seyyed Vali Reza (2001): *Islamic Leviathan. Islam and the Making of State Power*. Oxford: Oxford University Press.
- National Commission on Terrorist Attacks upon the United States (2004): *The 9/11 Commission Report*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.
- Öniş, Ziya (2007): „Conservative Globalists versus Defensive Nationalists: Political Parties and Paradoxes of Europeanization in Turkey“. *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 9.3: 247–261.
- Organisation of Islamic Cooperation (2004): *Istanbul Declaration, Adopted by the Thirty-First Session of the Islamic Conference of Foreign Ministers*. <https://ww1.oic-oci.org/english/conf/fm/31/31%20icfm-DECLARATION-eng.htm> (22.5.2022).
- Özdikmenli, İlkim / Ovalı, Şevket (2014). „A success story or a flawed example? The anatomy of the Turkish model for the Middle East“. *New Perspectives on Turkey* 51: 5–33.
- Özipek, Bekir Berat (2004). „28 Şubat ve İslâmcılar“. *Modern Türkiye’de Siyasî Düşünce Tarihi, Cilt 6: İslâmcılık*. Hrsg. von Murat Belge et al. İstanbul: İletişim Yayınları: 640–651.
- Özkan, Tuncay (2001): „Şeriatçı değilim desem inanır mısınız?“ *Milliyet* (11.8.): 18.
- Philippon, Alix (2015): „„Bons soufis‘ et ‚mauvais islamistes‘: La sociologie à l’épreuve de l’idéologie“. *Social Compass* 62.2: 187–198.
- Qasmi, Ali Usman (2014): *The Ahmadis and the politics of religious exclusion in Pakistan*. London: Anthem Press.
- Rabasa, Angel (2005): *Moderate and Radical Islam (Testimony presented before the House Armed Services Committee)*. Santa Monica, Calif.: RAND Corporation.

- Rabasa, Angel et al. (2007): *Building Moderate Muslim Networks*. Santa Monica, Calif.: RAND Corporation.
- Rashid, Ahmed (2010): *Taliban. Militant Islam, Oil, and Fundamentalism in Central Asia*. London: I.B. Tauris.
- Rashwan, Diah (Hrsg.) (2007): *The Spectrum of Islamist Movements*. Bd. 1. Übers. von Mandy McClure. Berlin: Verlag Hans Schiler.
- Rieck, Andreas (2015): *The Shias of Pakistan. An Assertive and Belaguered Minority*. London: Hurst.
- Sadeghi-Boroujerdi, Eskandar (2019): *Revolution and Its Discontents: Political Thought and Reform in Iran*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Saritoprak, Zeki / Griffith, Sidney (2005). „Fethullah Gülen and the ‚People of the Book‘: A Voice from Turkey for Interfaith Dialogue“. *The Muslim World*, 95: 329–340.
- Schiffauer, Werner (2010): *Nach dem Islamismus: Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş*. Berlin: Suhrkamp.
- Shah, Aqil (2008): „Pakistan After Musharraf: Praetorianism and Terrorism“. *Journal of Democracy* 19.4: 16–25.
- Sheline, Annelle (2012): „Evaluating the Resonance of Official Islam in Oman, Jordan, and Morocco“. *Religions* 12.145: 1–20.
- Stepan, Alfred C. (2000): „Religion, Democracy, and the ‚Twin Tolerations‘“. *Journal of Democracy* 11.4: 37–57.
- Tezcür, Güneş Murat (2010). *Muslim Reformers in Iran and Turkey: The Paradox of Moderation*. Austin: University of Texas Press.
- Tuğal, Cihan (2017): *Das Scheitern des türkischen Modells: Wie der Arabische Frühling den islamischen Liberalismus zu Fall brachte*. Übers. von Hans Freundl und Karsten Petersen. München: Verlag Ante Kunstmann.
- ur-Rehman, Zia / Masood, Salman (2022): „Religion-Fueled Mobs on the Rise Again in Pakistan“. *New York Times* (20.3.). <https://www.nytimes.com/2022/03/20/world/asia/pakistan-blasphemy-religious-violence.html> (27.5.2022).
- Uzgel, İlhan (2013): „ABD ve NATO’yla İlişkiler“. In: *Türk Dış Politikası: Kurtuluş Savaşından Bugüne Olgular, Belgeler, Yorumlar*. Hrsg. von Baskın Oran. İstanbul: İletişim Yayınları, 249–336.
- Vaïsse, Justin (2010): *Neoconservatism: The Biography of a Movement*. Übers. von Arthur Goldhammer. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Wolfowitz, Paul (2002): *Bridging the Dangerous Gap between the West and the Muslim World: Speech held at the World Affairs Council, 3 May 2002*. <https://www.hsdl.org/?view&did=2475> (18.5.2022).
- Yavuz, M. Hakan (2009). *Secularism and Muslim Democracy in Turkey*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Yenen, Alp (2021): „Internationalism, Diplomacy and the Revolutionary Origins of the Middle East’s ‚Northern Tier‘“. *Contemporary European History* 30.4: 497–512.
- Yeşilbursa, Behçet Kemal (2001): „The American Concept of the Northern Tier Defence Project and the Signing of the Turco-Pakistani Agreement, 1953–1954“. *Middle Eastern Studies* 37.3: 59–110.
- Zaman, Muhammad Qasim (2018): *Islam in Pakistan. A History*. Princeton, NJ: Princeton University Press.